Freitag, 8. Januar 1932
Nr. 6. Jahrg. 1932

Preis 10 Pfg.

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Treffen der „Regierungschefs"

Hitler nach Berlin eingeladen

Auf Wunsch Groeners und Brünings / Der Braunhäusler im „nationalen" Spiel

Berlin, 7. Januar.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat sich Adolf Hitler auf Wunsch des Reichswehrministers Groener zu den Besprechungen nach Berlin begeben, der ihn in einem Schreiben hierzu aufgefordert hatte.

Man hat's eilig

Berlin, 7. Januar.

Die Unterredung zwischen dem Reichskanzler und Adolf Hitler wird, wie von unterrichteter Seite bestätigt wird, voraussichtlich noch im Laufe des heutigen Nachmittags stattfinden.

„Er" behält sich vor

Berlin, 7. Januar.

Von seiten der NSDAP wird parteiamtlich mitgeteilt: Adolf Hitler wurde am 5. Januar telegraphisch zum Reichsinnenminister Groener zur Besprechung nach Berlin gebeten. „Der Führer" hatte am 6. Januarabends mit dem Reichsinnenminister und heute, am 7. Januar, nachmittags mit dem Reichskanzler Dr. Brüning und dem Reichsinnenminister Groener Besprechungen, deren Gegenstand die Frage der Reichspräsidentenwahl war. **Adolf Hitler hat sich seine Stellungnahme dem Reichskanzler gegenüber vorbehalten, um vorher den Parteien der nationalen Opposition seine Auffassung mitzuteilen.**

Um den Kaufpreis

Wie TU. noch mitteilt, „glaubt" man in nationalsozialistischen Kreisen, daß die NSDAP

bezüglich der Wahlen nicht nur in Preußen, sondern auch im Reich eine bestimmte Zusage erwarte,

die es ihr ermöglichen würde, sich zu entscheiden, ob sie in der Frage einer Verlängerung der Reichspräsidentschaft Hindenburgs sich aktiv einschalten lassen könne.

Nach Hitler Hilferding

Am Donnerstag abend hatten auch die Führer der SPD mit Brüning eine Unterredung, die, wie die Tel.-Union mitteilt, das gleiche Thema zum Gegenstand hatte, wie die Begegnung Hitler-Brüning.

*

Die Aussprache zwischen den Regierungsführern und dem Chef der nationalen Opposition hat sich natürlich nicht auf die Besprechung der innerpolitischen Entscheidungen beschränkt. Sicherlich aber standen diese Entscheidungen, vor allem natürlich die Präsidentenwahl im Vordergrund.

Da Anfang März, also in knapp acht Wochen der erste Wahlgang stattfinden muß, wurde es ja auch allmählich Zeit, daß die Regierung sich rührte. Wir haben unsern Lesern oft berichtet, daß Herr von Hindenburg sich nur unter gewissen Voraussetzungen wieder zur Neuwahl stellen lassen wolle. Eine dieser Voraussetzungen war, daß ausreichende Sicherheit für seine Wahl schon im ersten Wahlgang, also mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen erfolgen müsse. Die zweite Voraussetzung war, daß er unter keinen Umständen gegen die Stimmen seiner Wähler vom 26. April 1925 seine zweite Reichspräsidentschaft anzutreten wünschte. Hier ist vornehmlich der Stahlhelm gemeint, dessen Ehrenmitglied der Reichspräsident ist. Wenn der Stahlhelm sein Veto gegen die zweite Wahl Hindenburgs einlegen sollte, so würde Herr von Hindenburg nicht auftreten. Diese Voraussetzung zur Aufstellung von Hindenburgs Kandidatur scheint übrigens bereits erfüllt zu sein. Die Nationalsozialisten haben nun im April 1925 zwar nicht für Hindenburg, sondern für ihren Sonderkandidaten Ludendorff gestimmt — aber ein großer Teil ihrer heutigen Mitglieder und Mitläufer gehört doch zu dem Wählerheer, das dem Feldmarschall von Hindenburg die Stimme gab. — Außerdem aber könnte die Absplitterung eines Teiles der nationalsozialistischen Stimmen die Wahl Hindenburgs im neuen ersten Wahlgang gefährden.

Allem Anschein nach sind die Führer der Regierung nicht gesonnen, Herrn Hitler für seine Zustimmung zur Wahl Hindenburgs politische Konzessionen zu machen. Der Neujahrsartikel des Innenwehrministers, die Stuttgarter Rede des Vizekanzlers Dietrich und manch andere Kundgebung der letzten Tage zeigen, daß die Reichsregierung glaubt, über Hitlers politische Ansprüche mehr oder weniger zur Tagesordnung übergehen zu können.

Sicherlich aber haben in der Unterhaltung am Donnerstag die Herren Brüning und Groener dem nationalen Popanz auch die Rolle zugewiesen, die er und seine Leute auf dem nationalen Kriegstheater in den nächsten Wochen zu spielen haben werden, um den größtmöglichsten Eindruck auf die Verhandlungspartner in Ouchy und in Genf hervorzurufen.

Der „Führer" und die Regierer

Wer macht das Rennen?

SPD für Hindenburg!

Im Zusammenhang mit dem Besuch Hitlers bei Brüning, in dessen Mittelpunkt die Stellungnahme zu der kommenden Reichspräsidentenwahl steht, gewinnt ein Artikel der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung" zum gleichen Thema erhöhtes Interesse. In diesem wird mitgeteilt, daß Verhandlungen über die Verlängerung der Amtsdauer Hindenburgs in Kürze bevorstehen und wörtlich erklärt:

„Wir halten es für selbstverständlich, daß ein solcher Versuch gemacht werden muß, wenn der Reichspräsident sich bereit erklärt, einem solchen Rufe der Volksvertretung Folge zu leisten."

Die Umgehung der Präsidentenwahl erscheint demnach der SPD als der einzige noch denkbare Ausweg aus einer durch eigene Schuld vollkommen verfahrenen Situation, womit diese Partei auch in dieser Beziehung auf eine Linie mit dem Bürgertum rückt. Die Angelegenheit erhält aber einen sehr pikanten Beigeschmack dadurch, daß eine Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten nur mit zwei Drittel Stimmenmehrheit vom Reichstag beschlossen werden kann und daß, will die SPD die Hand zu einem solchen Beschluß reichen, sie auch in die Hand Hitlers einschlagen muß, da seine Partei das Zustandekommen der Zweidrittelmehrheit im Reichstag jederzeit verhindern kann. Nun versichert zwar die „Rheinische Zeitung" ausdrücklich, daß für die SPD ein Uebereinkommen mit Deutschnationalen und Nationalsozialisten nicht in Frage komme, aber wer das eine will, kann das andere nicht ausschlagen.

Zur Vervollständigung erinnern wir noch daran, daß der Reichspräsident Hindenburg noch immer Ehrenmitglied des Stahlhelms, also einer derjenigen Organisationen ist, gegen die mit etwas verdächtigem Getöse die „Eiserne Front" geschaffen worden ist.

Ziel oder Etappe?

TU. Schanghai, 7. Januar.

Am Donnerstag vormittag besetzten chinesische Truppen die Stadt Schanghaikwan. Damit haben die japanischen Truppen die chinesische Mauer erreicht.

Vom Tag

Kabinettsumbildung in Frankreich

† Berlin, 7. Januar.

Durch den Tod des französischen Kriegsministers Maginot ist der Fluß der politischen Ereignisse vielleicht wieder an eine neue Wende gekommen. Schon seit langem hat Laval die Neigung, hat auch bis jetzt ohne Erfolg versucht, das wahrscheinliche Ergebnis der französischen Kammerwahlen im voraus zu eskompieren, dem Steuer seines Kabinetts eine neue Wendung zu geben — aber weder hatten die Angebote — an Herriot zum Beispiel — den gewünschten Erfolg, noch zog die Drohung mit vorzeitiger Auflösung der Kammer, eine Maßnahme, die in Frankreich, trotzdem sie legal durchaus möglich ist, von dem Ludergeruch des Staatsstreichs umwittert ist.

Durch den Tod Maginots aber wird die Umbildung des Kabinetts Laval wieder zu einer aktuellen Frage. Wer soll Kriegsminister werden? Tardieu, Oberst Fabry oder — die Wendung nach links — Painlevé? Immer vorausgesetzt, daß die bürgerliche Linke auf dieses Spiel eingeht. Was man bis jetzt hört, sind Kombinationen und nicht mehr.

5 660 000

Wie die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mitteilt, betrug die Zahl der Arbeitslosen am 31. Dezember 1931 rund 5 666 000. Das bedeutet eine Zunahme von etwa 316 000 gegenüber dem 15. Dezember.

Aber mit der Lücke im Kriegsministerium ist die Frage des Ministerersatzes noch nicht abgeschlossen. Briands physische Gesundheit ist schwer erschüttert. Seine politische Gesundheit ist seit der deutsch-österreichischen Zollunionssache irreparabel erschüttert. Er ist nur noch das Gespenst einer besseren Zeit, wenn auch nach wie vor kein unsympathisches. Wird er noch die Kraft haben, nach Lausanne-Ouchy, nach Genf zu gehen? Wird er nicht vorher aus dem Außenministerium verschwinden? Es raunt und munkelt um diese bedeutsame Figur der Nachkriegszeit. Immer von neuem tauchen die Meldungen von seinem bevorstehenden Rücktritt auf. Immer wieder, wie auch jetzt, werden sie dementiert. Aber hartnäckig halten sich die Gerüchte und immer häufiger wird als sein Nachfolger ein auch in unseren Kreisen wohlbekannter Mann genannt: Paul-Boncour. Daß der Posten des Außenministers — wenn nicht des Ministerpräsidenten selbst — das Ziel des ehrgeizigen Senators, der sich einmal Sozialist nannte, ist, haben wir bei seinem Austritt aus der französischen sozialistischen Partei dargelegt. Ob Paul-Boncour als gerissener Taktiker die Stunde schon gekommen sieht, ist nicht sehr wahrscheinlich, aber man kann nie

Demonstriert für die proletarische Einheitsfront!

Freitag 19½ Uhr in Kliems Festsälen Berlin-Hasenheide

wissen. Jedenfalls läßt Laval das Gerücht um Paul-Boncour dementieren und verlautbaren, daß er nicht vor Wiedereröffnung der Kammer, das heißt am 12. Januar, sich mit der Umbildung seines Kabinetts befassen wird. Wie immer aber ein neues Kabinett Laval oder ein umgebildetes aussehen mag, an den Grundzügen der französischen Außenpolitik wird sich schwerlich etwas ändern.

★

„England fällt um"

Das gilt es heute besonders deutlich zu betonen, wo die deutsche Presse voll ist von Mitteilungen über eine Wandlung der französischen Auffassung in puncto Reparationen. Anlaß dazu gegeben hat ein Artikel des radikalen Provinzorgans, der „Depêche de Toulouse", der in Deutschland zwar etwas einseitig wiedergegeben wurde, aber tatsächlich für eine Streichung der Reparationen eintrat. Nur hat man, wie das in Deutschland üblich ist, die Antworten der französischen Presse recht sorgfältig sortiert und stilisiert, so daß der Eindruck erweckt wurde, als sei „die Vernunft auf dem Marsch", was nach deutschem politischen Sprachgebrauch heißt, als habe sich Frankreich in Furcht vor Isolierung den deutschen Forderungen gebeugt.

Davon kann in Wahrheit natürlich keine Rede sein! Es hat im Gegenteil, wie das durchaus zu erwarten war, und hier vorausgesagt wurde, eine Annäherung zwischen der französischen und englischen Auffassung in der Reparations- und Schuldenfrage sich ergeben. Annäherung, die zum Beispiel von der Berliner Börsenzeitung mit dem Urteil in der Schlagzeile quittiert wird: „England fällt um"! Kommt noch hinzu, daß auch USAmerika durch seinen Botschafter Herrn Brüning allem Anschein nach hat wissen lassen, daß auf seine Unterstützung in der Reparationsfrage nicht zu rechnen sei. Auch das konnte man sich schon längst an den fünf Fingern abzählen, aber es scheint ja bequemer, den starken Mann zu mimen, und sich selbst und der deutschen Oeffentlichkeit die „moralische Unterstützung" der Weltmächte vorzumachen.

Niemand kann heute voraussagen, wie man sich mit dem Reparations- und Schuldenproblem abfinden wird, aber es häufen sich die Stimmen, daß es vorläufig zu einem Abschluß überhaupt nicht kommen wird, daß man ein kurzes Provisorium einschaltet, um nach den Wahlen in den verschiedenen Ländern zu den Problemen erneut Stellung zu nehmen. Selbst das Hugenbergsche Nachrichtenbüro, die Telunion, spricht davon, daß eine Unterbrechung der Konferenz in Lausanne nicht unwahrscheinlich sei. Diese trübe Quelle läuft dann charakteristischerweise so weiter:

„In Berliner politischen Kreisen betont man, daß Deutschland alles Interesse daran habe, daß eine endgültige Lösung der „Tributfrage" erzielt werde. Da zur Zeit jedoch die Aussichten für eine Einigung mit den Alliierten nicht besonders stünden, und ein Provisorium höchst unerwünscht wäre, scheine es nicht ausgeschlossen, daß die Reichsregierung einem Provisorium eine Unterbrechung der geplanten Tributkonferenz vorziehe. Im übrigen lasse das Hoover-Moratorium Deutschland ja bis zum Juli Zeit. Auch müßten die Alliierten erst Klarheit darüber gewinnen, wie künftig ihre Schuldenzahlungen gegenüber den Amerikanern geregelt würden."

Das klingt verdammt anders als noch vor einigen Tagen. Wenn schon diese Gesellschaft Wasser in ihren Wein der Völkerverhetzung gießt . . .

★

Was will Brüning?

Welche Absichten hat aber die Regierung Brüning? Bis dato lugte aus ihrer Toga immer nur das Brisanzgeschoß des kategorischen „Nein" zu einer anderen als einer Endlösung, wurde auf offenem Markt die Kriegserklärung: Austritt aus dem Völkerbund, heldenhaft geschwungen. Das Reichskabinett hat sich in dieser wie in der Abrüstungsfrage ungeheuer weit vorgewagt. Der Rückzug wird ihm schwer fallen. Und doch wird es, so nehmen wir an, gezwungen sein, ihn anzutreten, um dann alles weitere dem lieben Gott und vielleicht seinem deutschen Stellvertreter auf Erden, Herrn Hitler, zu überlassen? Vielleicht hängt die Zusammenkunft des legalen und des vorläufig noch nicht legalen Regierungschefs mit diesem ganzen Fragenkomplex zusammen. Vielleicht soll statt der Sozialdemokratie Hitler langsam ins Tolerierungslager gezogen werden. Vielleicht wird mit Hitler zusammen die Schwenkung in der Außenpolitik — Kaufpreis Ministerposten — vorbereitet. Wer weiß es? Die Wege der deutschen Politik sind für den einfachen Menschenverstand meist unerforschlich, und politisch ist ja gerade Deutschland das Land der unbegrenzten Möglichkeiten.

Sicher ist: Alle Wendungen und Windungen genügen nicht, Deutschland aus der Zwangslage, in die es in der Hauptsache seine Regierungen hineinmanövriert haben, zu befreien. Und so oder so wird man zum Schluß versuchen, sich am deutschen Proletariat schadlos zu halten, ganz gewiß auch Herrn Hitler mit dieser Münze zu bezahlen. Aus dieser Situation ergibt sich als einfachste Konsequenz: Zusammenschluß des deutschen Proletariats, Kampf gegen die kapitalistisch-faschistischen Verderber, Einheitsfront der Werktätigen gegen das Ausbeutertum jeglicher Sorte — wie sie die SAP fordert und praktisch schon gefördert hat.

Kriegsminister Maginot gestorben

Paris, 7. Januar.

Kriegsminister Andreas Maginot ist in der Nacht zum Donnerstag um 2 Uhr an den Folgen eines schweren Darmtyphus und eines Brust- und Leberleidens in der Pariser Klinik, in die man ihn vor einigen Tagen überführt hatte, gestorben.

Der Tod des Kriegsministers ist gänzlich überraschend erfolgt, da selbst die Aerzte noch am Mittwochabend zuversichtlich über den weiteren Verlauf der Krankheit urteilten. Die sterblichen Ueberreste Maginots wurden noch in der Nacht in das Kriegsministerium übergeführt, wo die Leiche aufgebahrt wird.

Maginot wurde am 15. Februar 1877 geboren und hat im Jahre 1910 seine parlamentarische Laufbahn als Abgeordneter der demokratischen und sozialen Aktion begonnen. Dieser Gruppe, die unter der Führung des Kolonialministers Paul Reynaud steht, gehören außer dem Präsidenten des Heeresausschusses der Kammer, Fabry, der französische Botschafter in Berlin, François-Poncet, und der blinde Abgeordnete Scapini an. 1913 trat er in das Kriegsministerium ein und übernahm später das Portefeuille eines Kolonialministers, Pensionsministers und schließlich das eines Kriegsministers. Bei Kriegsausbruch trat Maginot als einfacher Infanterist in die Armee ein und nahm an den Kämpfen um Verdun teil, wo er im November 1914 verletzt wurde, nachdem er inzwischen zum Unteroffizier befördert worden war. Nach Kriegsende übernahm er 1920 erstmalig unter Führung Millerands das Pensionsministerium und wurde zwei Jahre später unter Poincaré mit dem Kriegsministerium betraut, das er mit Ausnahme der Regierungszeit des Kartells nicht mehr aus der Hand gab.

★

In Deutschland genoß Maginot den zweifelhaften „Ruhm" des Eisenfressers und „schwarzen Mannes". Man sah in ihm, schlecht informiert durch die ganz einseitig eingestellte deutsche Presse, den Exponent des französischen „Miltarismus", den es tatsächlich dort nicht gibt. Auch Maginot hat sich immer der Zivilgewalt untergeordnet, nie die Machtfülle eines deutschen Wehrministers gekannt. Allerdings hatte er eine starke Stellung nicht nur im Kabinett, sondern auch in der Oeffentlichkeit als der Hauptfaktor der französischen, in Deutschland nie begriffenen, nur verhöhnten Sicherheitsthese eines nicht ohne Berechtigung mißtrauischen Volkes.

Selbstverständlich war dieser Kriegsminister, ohne der Typus des Gamaschenknopfes zu sein, seinem Amt entsprechend Vertreter des kapitalistisch-reaktionären Bürgertums, ein Gegner der „Roten", ein Mann der „Ordnung". Was das bedeutet, braucht nicht erläutert zu werden. Und daß Kriegsminister keine Pazifisten und Revolutionäre zu sein pflegen — Herr Groener als „vernünftiger" Pazifist macht eine Ausnahme —, muß ja wohl nicht besonders betont werden. Mit diesem Maßstab messen nur Chauvinisten . . . allerdings gilt der ausschließlich für die ausländischen Kriegsminister.

Streiks in aller Welt

Teilstreik bei Ullstein

Die „B.-Z. am Mittag" nicht erschienen.

Infolge des Streiks eines Teils der Hilfsarbeiter des Verlages Ullstein konnte heute die „B.-Z. am Mittag" nicht erscheinen. Obwohl innerhalb des Buchdruckgewerbes eine tarifliche Vereinbarung mit allen beteiligten Gewerkschaften über die Lohnherabsetzung auf Grund der Notverordnung erfolgt ist, stellten die Hilfsarbeiter in diesem Betriebe heute morgen die ultimative Forderung, von dem durch die Notverordnung vorgeschriebenen Lohnabbau Abstand zu nehmen, widrigenfalls sie die Arbeit nicht aufnehmen würden.

Möbeltransportarbeiterstreik in Berlin

Im Berliner Möbeltransportgewerbe kam es am Mittwoch vorübergehend zu einem Streik, der sich gegen die vom Schlichter auf Grund der Notverordnung festgesetzten Lohnkürzungen richtet und sich auf einen Teil der Berliner Möbeltransportfirmen erstreckt. Der Streik geht hauptsächlich von den nicht ständig beschäftigten Arbeitern aus, die vorgestern in einer Versammlung, in der zu dem Schiedsspruch des Schlichters Stellung genommen werden sollte, die Arbeitsniederlegung beschlossen haben, obwohl von den Gewerkschaftsvertretern des Gesamtverbandes darauf hingewiesen wurde, daß ein Streik gegen die Durchführung der Notverordnung unzulässig sei. Auch ein Teil der ständig beschäftigten Möbeltransportarbeiter hat sich der Bewegung angeschlossen, so daß etwa 600 Möbeltransportarbeiter von rund 1000 Beschäftigten in dieser Branche am Streik teilnahmen.

Der Schiedsspruch des Schlichters, gegen den sich der Streik richtet, sieht eine Lohnkürzung von etwa 14 Prozent vor, und zwar beträgt der Lohn für die ständigen Arbeiter 49 Mark in der Woche, während die nicht ständigen 9,80 Mark pro Tag erhalten. Die Lohnkürzung bei den Möbeltransportarbeitern geht über den von der Notverordnung vorgeschriebenen 10prozentigen Lohnabbau hinaus.

Der Streik ist inzwischen wieder beigelegt worden. In den betreffenden Möbeltransportfirmen wurde am Donnerstag früh wieder voll gearbeitet, und es sind auch durch die gütliche Beilegung Entlassungen vermieden worden.

Streik in Hamburg

Hamburg, 6. Januar.

Am Mittwoch mittag hat in der Norddeutschen Kohlen- und Kokswerke AG. die gesamte Belegschaft in Stärke von 220 Mann die Arbeit niedergelegt. Seit Dienstag bereits fanden Verhandlungen über einen 14prozentigen Lohnabbau statt.

Holländische Polizei gegen Streikende

Amsterdam, 6. Januar.

In der Stadt Enschede, dem Zentrum des Textilarbeiterstreiks im Industriegebiet von Twente, ist es gestern abend wiederholt zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und Streikenden gekommen. Die Beamten machten von der Waffe Gebrauch, gaben aber nur Schreckschüsse ab. Nach dem Eintreffen von Verstärkungen wurden die umliegenden Straßenzüge mit der blanken Waffe gesäubert.

★

Amsterdam, 7. Januar.

Wegen der wachsenden Beunruhigung unter den streikenden Textilarbeitern hat der Bürgermeister von Enschede alle Ansammlungen von mehr als drei Personen verboten. Dieses Verbot ist bereits heute vormittag in Kraft getreten.

Die Veranlassung dazu sind ernste Zwischenfälle gewesen, die sich gestern abend wieder in Enschede ereigneten. An verschiedenen Stellen der Stadt wurde die Straßenbeleuchtung zerstört, zum Teil auch das Straßenpflaster aufgerissen und die Polizei mit Steinen bombardiert. Bei den darauf folgenden Zusammenstößen gab es auf beiden Seiten eine Anzahl Verletzte. Da es auch in der benachbarten Ortschaft Lonneker zu ähnlichen Zwischenfällen kam, hat der Bürgermeister dieser Gemeinde ebenfalls alle Ansammlungen untersagt.

Streiks in Japan

Tokio, 6. Januar.

In verschiedenen Industriestädten Japans ist es zu wilden Streiks gekommen. Die Arbeiter einiger Metallwerke verlangten Lohnerhöhungen, die von den Werksleitungen nicht bewilligt wurden. Die Polizei nahm Verhaftungen vor und schützt die Betriebe. Stellenweise ist die Arbeit bereits wieder aufgenommen worden.

Lohnabbau — Entlassungen

Lohnabbau in der rheinländischen Holzindustrie

Köln, 6. Januar.

Auf Grund eines ordentlichen Schlichtungsverfahrens wurde heute für die Holzindustrie und das Holzgewerbe im Lohngebiet Rheinland, außer Köln, ein Schiedsspruch gefällt. Hiernach beträgt der Spitzenstundenlohn bis zum 29. Februar 95 Pfennig und danach 92 Pfennig. Der Schiedsspruch ist erstmals zum 31. Mai 1932 kündbar. Die Erklärungsfrist läuft am 13. Januar ab.

Tausend Arbeiter und Angestellte vor der Entlassung

Die Leitung der Telephonfabrik Berliner AG., Berlin, die zum 15. Februar einen vorsorglichen Stillegungsantrag gestellt hat, hat nunmehr der gesamten Belegschaft von über 1000 Mann — Arbeitern und Angestellten — gekündigt. Ob es zu einer tatsächlichen Stillegung des Betriebes kommt, ist vorläufig noch nicht zu übersehen.

Französische Zechenmagnaten fordern Lohnabbau

TU. Paris, 5. Januar.

Im nordfranzösischen Kohlenbergbau befürchtet man den Ausbruch eines Generalstreiks in kürzester Frist. Die Arbeitgeber haben am Montag in einem Schreiben dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß es ihnen infolge des Pfundsturzes und der Unterstützung der polnischen Regierung sowie des Lohnabbaus in Belgien und Deutschland nicht mehr möglich sei, selbst die von der französischen Regierung eingeführten Kontingentierungen durchzuführen, weil sie mit den ausländischen Preisen nicht konkurrieren könnten. Obgleich der neue Lohntarif keine Klausel vorheriger Kündigungen enthalte, seien sie daher gezwungen, den bestehenden Tarif für Ende des Monats zu kündigen. Am 7. Januar soll eine Besprechung der Arbeitgeber mit den Arbeitnehmern stattfinden. Die Arbeitgeber im Bezirk von Halluin haben bereits angekündigt, daß sie die Löhne am 11. Januar um 10% kürzen werden. Von dieser Maßnahme werden etwa 12 000 Arbeiter betroffen.

Revision des Muttermörders Thielecke verworfen

Leipzig, 7. Januar.

Der Zweite Strafsenat des Reichsgerichts verwarf heute die Revision des 26 Jahre alten verheirateten Kalistros Thielecke aus Berlin, der am 20. August v. J. vom Sonderschwurgericht des Landgerichts III, Berlin, wegen Tötung seiner Mutter und wegen Urkundenfälschung zu zehn Jahren und einer Woche Zuchthaus verurteilt worden war. Thielecke hatte seiner Mutter nach kurzem Streit im Badezimmer mit einem Armeedolch mehrmals ins Herz gestoßen und sich am anderen Tage der Polizei selbst gestellt.

In der Revisionsverhandlung war u. a. geltend gemacht worden, das Schwurgericht habe den schweren Affektzustand des Angeklagten unberücksichtigt gelassen. Es hätte die Zurechnungsfähigkeit nicht mit Sicherheit annehmen und auch Notwehr oder Putativnotwehr nicht mit der gleichen Sicherheit ausscheiden dürfen. Demgegenüber stellte das Reichsgericht fest, daß alle vorgebrachten Einwände im Widerspruch zu den vom Schwurgericht getroffenen Feststellungen ständen. Von Notwehr könne ebensowenig die Rede sein wie davon, daß der Angeklagte nicht den Vorsatz gehabt habe, seine Mutter durch die wuchtigen Herzstiche zu töten.

Sturmschäden in Kiel

Ein Neubau eingestürzt

TU. Kiel, 7. Januar.

Der orkanartige Sturm, der in Kiel zeitweise eine Windstärke von 12 erreichte, hat große Schäden verursacht. In der Hasseer Straße wurde ein Hausgiebel abgerissen, am Sophien-Platz stürzte ein Neubau ein, dessen Vorderfront bereits über drei Meter hoch gezogen worden war. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

★

Auch die Heideflüsse führen Hochwasser

TU. Lüneburg, 7. Januar.

Die Ilmenau, Luche, Zöhme und Soltau führen ebenfalls Hochwasser und sind stellenweise über ihre Ufer getreten. Die anliegenden Wiesen wurden vielfach überschwemmt. Große Schäden sind jedoch nicht zu verzeichnen. In der Heidestadt Soltau stehen viele Keller unter Wasser.

★

Neue Todesopfer des Hochwassers

TU. Theresienstadt, 7. Januar.

In der Nähe des Truppenübungsplatzes versuchten drei Soldaten die infolge des Hochwassers äußerst reißende Eger in einem Kahn zu überqueren. In der Mitte des Flusses schlugen die Wellen in das Boot. Die Soldaten sprangen ins Wasser und versuchten das rettende Ufer zu erreichen. Nur einem gelang es, das Festland zu erreichen. Die beiden anderen Soldaten konnten nur als Leichen geborgen werden.

(Weitere Unwettermeldungen siehe erste Seite der Beilage.)

Beilage zur SAZ

2. Jahrgang Nr. 6
Freitag, 8. Januar 1932

ELEND im Frankenwald

Von Alexander Graf Stenbock-Fermor

I.

Ein Dorf wird brotlos

In der Berglandschaft des Frankenwaldes, zwischen dem Thüringerwald und dem Fichtelgebirge, lebt eine arme Bevölkerung, die sich mühsam von Waldarbeit, Handweberei, Korbflechterei, Handstickerei und Schuhmacherei ernährt. Hier liegen Dörfer, weit entfernt von jeder Bahnlinie, abgeschniten von der Umwelt, in denen Not und Verzweiflung herrschen.

Im Tal der „wilden Rodach", hart an den Abhängen der dichtbewaldeten Berge, liegt das große Dorf Wallenfels. Von den 2500 Einwohnern, sind fast alle Holzflößer. Seit vielen Generationen lebte das Dorf

von der Flößerei.

Von Jugend auf waren die Arbeiter mit dem Holz vertraut, das Holz war ihre Arbeit, ihr Brot, ihr Schicksal, sie gehörten zum Holz, wie der Bauer zum Acker gehört und der Fischer zum Meer. Von den Bergen holten die Flößer die gefällten Holzstämme, die sie kaufen mußten. Sie schleiften die Stämme die Abhänge hinunter zur wilden Rodach. Hier wurde das Holz „gespannt", die Flöße gezimmert. Wenn eine Flotte von Flößen fertig lag, erhielt die nächste Mühle Nachricht, das Stauwerk wurde herabgelassen, das Wasser stieg in dem schmalen Flußbett und die Flöße, von den Arbeitern gelenkt, trieben flußabwärts. So ging es von Stauwerk zu Stauwerk, immer weiter mit der Strömung, in andere Flüsse, hinunter nach dem Rheinland und nach Westfalen. Die Flößer verkauften ihr Holz und kehrten zurück, mit Geld beladen. Das ganze Dorf nahm Teil an ihrer Freude, in der Kirche hielt man ein Dankgebet ab, es wurde gezecht und gesungen.

Neben den Wirtshäusern sind 40 private Gaststätten in Wallenfels. Die Familien brauen das Bier selbst, das Kommun-Bier. Es wird in offenen Gefäßen aufbewahrt und mit Schenklöffeln in die Blechbecher gegossen. Das Kommun-Bier darf nur in Blechgefäßen getrunken werden. Wenn das Kommun-Bier ausgeschenkt wird, hängt eine Fahnenstange aus dem Fenster mit einem hölzernen Stern daran. Aus drei, vier Häusern ragt stets der Stern, und wenn das Bier zu Ende ist, meldet sich eine neue Gaststätte. Das wandert so durchs Dorf.

Beim Kommun-Bier feierten die Heimgekehrten ihre Erfolge.

Doch eines Tages erhielten die Flößer beim Verkauf ihres Holzes weniger Geld, als sie hineingesteckt hatten. Und mit Schrecken erfuhr das ganze Dorf, daß mit der Holzflößerei nicht ein einziger Pfennig mehr zu verdienen war.

Die ehemals reichen Absatzgebiete in Süddeutschland waren verarmt und durch die Zufuhr ausländischer Hölzer geradezu überschwemmt, die Preise aufs äußerste heruntergedrückt. Auch die Holzzufuhr aus der nahen Tschechoslowakei gestaltete sich billiger und rationeller. Die Gebiete, die abseits der Bahnlinien lagen, waren hilflos vor der mächtigen Konkurrenz.

Ein Dorf mit 2500 Einwohnern wird mit einem Schlage brotlos. Die Männer begreifen es nicht. Sie sehen die Wälder vor ihren Häusern, die Wälder, die ihren Eltern, Großeltern, Urgroßeltern Brot brachten — und plötzlich ist das alles aus. Das Holz hat keinen Wert. Die Arbeit hat keinen Sinn.

Ein großes Elend bricht über das Dorf herein. 400 Männer erhalten Arbeitslosengeld, Krisenunterstützung und werden wieder ausgesteuert, sitzen ohne Pfennige da. 300 Männer suchen auswärts, weit von der Familie getrennt, nach Verdienst. Sie wandern nach Ostpreußen, nach Pommern, Westfalen, Oesterreich, bereit zu jeder Arbeit. Einige kehren halbverhungert heim — überall herrscht Arbeitslosigkeit. Wenigen gelingt es, in den oberbayerischen Wäldern für Wochen und Monate Arbeit zu finden. Sie müssen von ½4 Uhr morgens bis ½9 Uhr abends am Holz arbeiten, mit einer Mittagspause von zwei Stunden.

Bei einer 14—15 stündigen Arbeitsschicht verdienen sie 15 RM. wöchentlich. Davon müssen sie leben und davon sollen die Frau und die Kinder zu Hause leben.

Die Frauen und Kinder in Wallenfels arbeiten alle mit. Achtjährige Mädchen müssen schon mithelfen. Die Frauen und Kinder sitzen in den dumpfen, dunklen Stuben über die Stopfgeige gebückt und sticken an den Decken und Tüchern. Wenn die Frau vom frühen Morgen bis spät in die Nacht hinein fleißig arbeitet, bringt sie es auf 1 Mark Verdienst täglich. Besonders gewandte Handstickerinnen verdienen 1,50 Mark, aber das ist schon ein Höchstverdienst.

Die Bewohner nähren sich von Kartoffeln, Kaffee und Brot. Fleisch hat man schon lange nicht gesehen.

Das Dorf ist streng katholisch. Fast jedes Haus hat seinen Schutzheiligen über der Tür.

Am Abend sitze ich in einer kleinen, verräucherten Stube, in der Kommun-Bier ausgeschenkt wird, mit den Arbeitern um einen großen Holztisch. Das Zimmer ist dicht gefüllt. Wir trinken das bittere Bier aus den blechernen Krügen. In der Ecke hängt ein Heiligenbild. Die Flößer sind kräftige Männer mit struppigem Haar und zerzaustem Schnurrbart. Nach der alten Tradition der Holzarbeiter tragen sie goldene Ringe im linken Ohr. Die offenen Hemden zeigen blaue Tätowierungen auf der behaarten Brust. Auch der Bürgermeister ist ein Arbeiter und sitzt unter ihnen, in Hemdsärmeln, mit sehnigen Armen. Alles zähe, arbeitsgewohnte Kerle, die keinen Beruf mehr haben, die krampfhaft nach Arbeit suchen und kaltgestellt sind. Eine ganze Arbeiterbevölkerung, die aus dem Blutstrom der Arbeit, dem sinnvollen Leben herausgerissen worden ist.

Ein alter Flößer mit rotem Schnurrbart haut auf den Tisch, daß die Blechbecher springen:

„Wir wollen doch nur Arbeit, damit man was zum Fressen hat. Wir wollen keine Unterstützung vom Staat, keine Almosen, wir wollen nur Arbeit, nichts anderes als Arbeit!"

*

Als ich am nächsten Morgen früh um ½5 Uhr aus dem Fenster meines Gasthauses blicke, sehe ich einen seltsamen Zug. Arbeiterfrauen gehen zu zweien und dreien in langer Gänsereihe die Dorfstraße hinauf zur Kirche. Sie sind feierlich gekleidet und halten sich steif. Die Hände über dem Schoß tragen Gebetbuch und Rosenkranz. Jeden Morgen wandern die Frauen zur Kirche, um die Heiligen für das tägliche Brot anzuflehen.

Gegenüber, über dem Eingang des Hauses, ist eine Heilige Mutter Gottes angebracht, aus Holz geschnitzt, bunt gestrichen, mit Bändern und Blumen geschmückt. Sie trägt das winzige, hölzerne Christuskind im Arm. Sie schaut mit lieblichem Lächeln hinunter auf die Arbeiterfrauen, die vorbeigehen, die sich tief verneigen und das Kreuz schlagen . . .

Das Rasen der Elemente

Unwetter auch in den deutschen Küstengebieten

TU. Bremen, 7. Januar.

Der Weststurm der vergangenen Nacht, der in Stärke 11 über das Küstengebiet hinwegging, hat namentlich in Bremerhaven Schäden verursacht. Die Schiffahrt hat eine böse Nacht hinter sich. Der Dampfe „Wakama" der Woermann Linie A.-G. Hamburg hat bei schwerem Wetter in der Nähe vom Hoheweg-Leuchtturm auf der Außensee seine beiden Anker und Kette verloren. Der Dampfer ist Donnerstag vormittag aus See zurückgekommen und nach Hamburg wieder aufgedampft. Auf der Bremerhavener Reede verlor der Lloyddampfer „Mosel" Anker und Kette. Die dort unter Kontrolle liegende holländische Schmuggeljacht „Panzifal" wurde von den Trossen losgerissen und abgetrieben, so daß die Feuerwehr aufgeboten werden mußte, um die Jacht wiederzubekommen.

Nach einer Meldung aus Bremervörde ist die Oste an verschiedenen Stellen über die Deiche getreten und hat die Ländereien kilometerweit unter Wasser gesetzt. Da Deichbruchgefahr besteht, ist die Bevölkerung in Alarmbereitschaft.

★

Deichbrüche in Schleswig-Holstein

Hamburg, 7. Januar.

Der Weststurm und die dauernden Niederschläge haben zu Ueberschwemmungen in der Elder-Niederung geführt. Beim Orte Nübbel sind die Deiche geborsten; Nübbel ist vom Wasser vollkommen eingeschlossen. Die Bergungsarbeiten gestalteten sich heute vormittag besonders schwierig, da die Lichtleitung gestört worden ist. Auch die Trave ist bei Bad Oldesloe über die Ufer getreten und hat weite Wiesenflächen überflutet.

★

Der Höchststand in Dessau erreicht

Dessau, 7. Januar.

Das Hochwasser der Mulde hat am Mittwoch um 21 Uhr in Dessau seinen höchsten Stand erreicht. Es ist gelungen, die gefährdeten Dammstücke in der Ueberschwemmungszone bei Retzau, Sollnitz und Niesau im Dessauer Kreise zu erhalten. In fieberhafter Eile wurden Reservedämme angelegt, da sich das Hochwasser an mehreren Stellen bereits durchgefressen hatte. Von Bitterfeld wird jetzt ein Fallen des Wassers um 30 cm gemeldet.

Die Verwüstungen im Hanauer Land

Die riesige geschlossene Wasserfläche, die das Gebiet östlich und südöstlich von Kehl immer noch bedeckt, kommt nur sehr langsam zum Abfließen. Orkanartiger Südweststurm, der schon die ganze Nacht hindurch tobte, treibt neue Regenfronten herab und peitscht die Wassermassen, die noch über einen Meter hoch auf den Wiesen und Feldern stehen. Zwar hat der langsame Abfluß das Neudorf von Auenheim bis heute morgen wieder freigemacht, jedoch ist die Verbindung zum Oberdorf von Auenheim noch immer unterbrochen, da die Wassermassen die beiden dorthin führenden Brücken zum Einsturz gebracht haben. In den Straßen des Neudorfs liegen gewaltige Schlammengen und in den Kellern und Ställen steht vielfach noch das Wasser. Auf der Kleinbahnstrecke Achern—Kehl ist der Verkehr noch unterbrochen, da zwei Brücken noch nicht wieder instand gesetzt werden konnten. — Auch jetzt läßt sich der endgültige Schaden noch nicht erkennen. Sträucher, Bäume und die Leitungsmasten der Ueberlandzentrale ragen aus dem See heraus, was alles aus dieser sonst so ansprechenden Landschaft ein Bild der Zerstörung und Verwüstung gemacht hat.

In Dänemark

Kopenhagen, 7. Januar.

In ganz Dänemark hat heute vormittag ein furchtbarer Sturm große Verheerungen angerichtet. Die Schlafwagen der Schnellzüge aus Oslo und Schweden konnten nicht überführt werden. Der Deutschland-Expreßzug kam mit dreistündiger Verspätung an, weil die Fahrverbindung zwischen den dänischen Inseln fast zur Unmöglichkeit geworden war. Da sehr viele Reisende mitgekommen waren, mußte die Uebersetzung über den Storström von zwei Fähren vorgenommen werden. Eine der Fähren war ein Raddampfer. Er wurde einmal über das andere von der Strömung zurückgetrieben und war nicht imstande, die kurze Strecke zurückzulegen, so daß er schließlich die Fahrt aufgeben mußte. Ebenso schlimm erging es der zweiten dänischen Fähre zwischen Falster und Seeland über den Masnedsund. Eine sonst nur 20 Minuten dauernde Fahrt erforderte fast zwei Stunden.

In Kopenhagen selbst wurde der Straßenbahnverkehr durch das Sturmwetter in der Vorstadt Amager unmöglich gemacht. Glasschilder und Lichtreklamen wurden von den Dächern auf die Straße hinuntergeweht.

Sturm über England

London, 6. Januar.

Ein schwerer Südwest-Sturm, der eine Geschwindigkeit von 90 km in der Stunde erreichte, wütet, von Regengüssen begleitet, seit 24 Stunden über England und der Küste. Die Kanaldampfer haben eine schwere Ueberfahrt. Auch die großen Ueberseedampfer melden, daß sie mit erheblichen Verspätungen eintreffen werden. Der Dampfer „Jersey City" (6322 t) befindet sich bei den Scilly-Inseln in Not. Ein Boot des Zerstörers „Whirlwind" schlug heute morgen auf dem Medway-Fluß um, wobei ein Mann der Besatzung ums Leben kam. In der Themsemündung bei Southend ist ein Motorschoner gesunken. Die Mannschaft konnte nur mit großer Mühe gerettet werden. Das englische Flugzeug, das heute nach Brüssel abging, mußte infolge des Sturmes bei Penshurst in Kent landen.

Das Unwetter über England nahm im Laufe des Abends zu. Aus vielen Teilen des Landes werden Ueberschwemmungen gemeldet. Zahlreiche Flüsse sind aus den Ufern getreten, besonders in Südwales, wo große Gebiete unter Wasser stehen. Verschiedene Gehöfte sind durch das Wasser abgeschnitten, die Eisenbahnlinien teilweise in Bäche verwandelt. Schafe ertranken in den Fluten. Der Fahrer eines Wagens wurde in Südwales im Regen durch den Bristol-Expreß überfahren. Der Irk bei Manchester ist über die Ufer getreten. Das Wasser drang in eine Bibliothek in Manchester und beschädigte zahlreiche Bücher. Im Bristol-Kanal mußten die Schiffe in den Häfen Schutz suchen. In Cardiff richtete der Sturm erheblichen Schaden an. In Kingsway wurde ein leerer Postwagen in den Kanal geweht.

Umtausch der Fernpostkarten

Das Reichspostministerium teilt mit: „Vom 15. Januar beträgt die Gebühr für Fernpostkarten 6 Rpf. Bis neue Karten zu 6 Rpf. hergestellt sind, verkauft die Post vom 15. Januar an die bisherigen Karten mit dem 8-Rpf.-Stempel zu 6 Rpf. Wer seinen Vorrat von Karten zu 8 Rpf. bis zum 14. Jan. nicht aufbrauchen kann, erhält vor dem 15. Januar auf Wunsch für jede unverdorbene Karte Wertzeichen zum Betrage von 8 Rpf. Vom 15. Januar an werden nur noch verdorbene Karten gegen Wertzeichen im Betrage von 6 Rpf. und gegen Zahlung einer Gebühr von 1 Rpf. für das Stück umgetauscht."

Influenza-Epidemie in England

London, 7. Januar.

Eine Influenza-Epidemie, verbunden mit schwerem Keuchhusten oder Lungenentzündung, ist in den Dörfern von Nord-Bedfordshire ausgebrochen. In manchen Ortschaften ist kein Haus ohne Kranke. Es werden zahlreiche Todesfälle infolge von Lungenentzündung gemeldet.

Die Tank-„Wahlen" in Syrien

TU. Paris, 6. Januar.

Die Wahlen in Syrien, die infolge der Zwischenfälle in Damaskus und anderen Städten unterbrochen worden waren, konnten nunmehr überall durchgeführt werden. Nur in Damaskus und Hama wurden sie einstweilen noch vertagt. Das bisherige Ergebnis weist eine erdrückende Mehrheit der gemäßigten Elemente aus, die 49 Sitze erhielten, während die Nationalisten nur fünf Sitze errangen. (Die französischen Tanks und Maschinengewehre haben bei diesem Ergebnis wohl ein bißchen mitgeredet. Red.)

„Fordlandia"

Der Autoindustrielle Ford hat auf seinen Gummiplantagen in Brasilien eine Siedlung angelegt, in der seine Gummiarbeiter wohnen werden. Die Siedlung für die braven Kulis wird den honigsüßen Namen „Fordlandia" tragen. — Wenn sich die Presse vor lauter Begeisterung über den menschenfreundlichen Herrn Ford überschlägt, möchten wir immerhin gern darauf hinweisen, daß nur die raffinierte kapitalistische Aussaugungsmethode des Herrn Ford die Mittel zu diesen menschenfreundlichen Gesten gegeben hat. Fords Arbeiter fliegen bei 28 Jahren zum alten Eisen. Wir empfehlen, die Siedlung in „Humbugiana" umzutaufen.

Feuilleton der SAZ

Leipziger Allerlei

Von Fritz Rück.

Leipzig, 6. Januar.

Zwischen den beiden großen Messen, die aus Leipzig einen Bienenkorb kapitalistischer Geschäftsunruhe machen, ist die Stadt an der Pleiße kein Klein-Paris mehr, wie zu den Zeiten, als Goethe hier die Inspirationen zum Faust empfing und zwischen den beiden Polen seiner Begabung, der bildnerischen und der dichterischen schwankte, es ist eine sehr ruhige deutsche Provinzstadt. Der mächtige Hauptbahnhof ist schon in den frühen Abendstunden schwach beleuchtet und in den Wartesälen dösen einzelne Reisende dem Anschluß entgegen, die Straßen der Innenstadt sind leer und ruhig. In der Ecke um die Thomaskirche ist es ganz so, wie wohl damals auch, als der geniale Kantor Johann Sebastian Bach seine Kantaten aufführte und schlecht und recht seine große Familie ernährte. Wie kommt es, daß uns heute die Bachsche Musik trotz ihrem religiösen Inhalt nähersteht und mehr zu sagen hat als der ganze Schwung nachklassischer Opernmusik, mit dem die Spielpläne unserer pompösen, archaischen Opernbühnen ausgefüllt sind? Die Bachschen Werke strömen ein Lebensgefühl aus, das noch gespeist ist von all den kollektiven Bindungen und Verflechtungen der Gesellschaft des ausgehenden Mittelalters und in dem die Einzelstimme, so sehr sie die sieghafte Befreiung des Individuums aus diesen Bindungen und Schranken ankündet, vom Chor gebändigt und aufgenommen wird. Der Einbruch und die auflösende Wirkung der italienischen Oper, die dem Einzelkünstler und dem Startum die Wege ebnete, so wie im Reiche der Wirtschaft der Kapitalist seine beherrschende „Persönlichkeit" entwickelte, kamen erst später. Die Rolle der Stars ist das beherrschende Problem der Musikgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, seine Bedeutung sank in dem Maße, wie der große Tenor guter Sänger und die leuchtende Sopranstimme großer Sängerinnen ihre Vaterschaft behaupteten. Ein interessantes Beispiel für die Dialektik der Entwicklung auf allen Gebieten ist es, daß die Ansätze einer neuen, revolutionären Musik dort wieder anknüpfen, wo man nach Joh. Seb. Bach abgebrochen hat. Der Gestaltungswille einer aufsteigenden Klasse, deren beherrschendes Prinzip die kollektive Organisierung der Wirtschaft und Gesellschaft ist, gibt dem Chor das Schwergewicht, um den sich alles andere gruppiert.

Die Straßenbahn nach Probstheida führt an dem großen Gelände der technischen Messe vorbei, deren Funktion in der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise ebenso lahmgelegt ist, wie die Funktion der kapitalistischen Wirtschaft selbst. Was sollen den Unternehmern neue Maschinen, wo die alten verrosten und die restliche Produktion bis zum Irrsinn belasten. Einen schweren Schatten wirft das Völkerschlachtdenkmal, umkränzt vom lästigen Schwertmännerkitsch, in die Nacht. „Hatten die Völker den fremden Despoten, so hatten die Fürsten den Erben der bürgerlichen Revolution niedergeworfen, und wenn auch nicht die Wiederherstellung des alten Europa, so folgte doch eine fade und öde Reaktion", sagt Mehring über das Ergebnis der Völkerschlacht bei Leipzig. Damals hat das Bündnis Preußens mit dem reaktionären Osten und dem absolutistischen Oesterreich die Entwicklung Europas um ein volles Menschenalter zurückgeworfen. Heute sind die Karten anders verteilt: ein Bündnis Deutschlands mit Frankreich gegen den revolutionären Osten müßte die Entwicklung Europas um ein Menschenalter hemmen. In die Schlacht bei Leipzig schickte der russische Zar neben anderen Truppen noch Baschkisen, die mit Pfeil und Bogen bewaffnet waren, heute übernimmt der russische Fünfjahresplan das letzte Wort der industriellen Entwicklung der alten, kapitalistischen Welt und macht einen neuen Vers daraus.

Leipzig steckt voll historischer Erinnerungen, sie sind verbunden mit dem Charakter der Stadt, so wie in den Dörfern Wachau und Liebertwolkwitz noch die alten, runden Kanonenkugeln in der Mauer stecken, mit denen man zur Zeit der Völkerschlacht geschossen hat. Hier bei Wachau steht noch das Hölzchen, von dem aus Murat zu seiner berühmten Reiterattacke angesetzt hat, er hat beinahe den ganzen feindlichen Generalstab gefangen genommen, aber er hatte nicht mit einigen kleinen Seen gerechnet, die plötzlich als Hindernis auftauchten. Gute Kenntnis des Terrains scheint doch die wichtigste Voraussetzung jeder Attacke zu sein!

Viel wichtiger als diese Völkerschlacht, bei der die Völker in merkwürdigem Gemisch durcheinander und gegeneinander standen, ist ein anderes Ereignis, das fünfzig Jahre später in Leipzig spielte, als Lassalle sein berühmtes „Offenes Antwortschreiben" an den Leipziger Arbeiterverein schickte, von dem die Gründung einer selbständigen Arbeiterpartei in Deutschland ihren Ausgangspunkt nahm. Ein Bildungsverein war die Keimzelle der selbständigen Klassenorganisation des deutschen Proletariats, in Leipzig selbst hat man diesen Geburtsfehler nie ganz überwunden, denn der Typ des Bildungsphilisters hat hier immer eine große Rolle gespielt. Manchmal war er radikal, auch gegen die eigenen Instanzen, häufig war er zu beschaulich und gelehrt, um auch über diese eigenen Instanzen hinwegzugehen und ihnen im richtigen Moment den Tritt in den Hintern zu geben. So ein richtiger Moment ist beispielsweise jetzt, wo die Saupe und Liebmann die letzten Reste einer scheinradikalen Vergangenheit mit dem glättenden Oel der Parteivorstandspolitik überstreichen.

In alten Jahrgängen der „Leipziger Volkszeitung" zu blättern ist ein Vergnügen. Von den neuesten kann man dies nicht behaupten. Wie ist dieses Organ, in dem einst Franz Mehring und Rosa Luxemburg die Grundelemente der Politik einer revolutionären Linken in Deutschland entwickelten, auf den Hund gekommen! Und dabei haben die Leipziger weiter gezeigt, daß sie zu kämpfen verstehen und eine bessere Führung verdienen, als sie sie haben. Die Kugelspuren an der Johanniskirche sind ein Zeichen dafür.

Jeden Tag Auktion

Von Alice Ekert-Rothholz

Wer früher sehn wollte, wie sehr große Leute wohnen,
mußte sie besuchen und sich mit ihnen langweilen —
Heut besucht man ganz einfach ihre Auktionen.

Auf den großen Auktionen versteigert man heute
(bitte nicht alles mit Fettfingern ansehen!)
den Glanz und die Möbel zehnzimmriger Leute.
Jeden Tag: Auktion!
Der Hausherr, ganz in Mahagoni, befindet sich im ersten Stock.
In der Halle: Oeldruck Wilhelms und andere Scherzartikel.
(Darunter: feldgrauer Soldatenrock.)

Und das Publikum tobt wie zivile Dragoner
durch die Wigwams der Kurfürstendamm-Bewohner.
(. . . „Mensch, sieh mal: seidenes Klosettpapier!")
Was hier so steht zur Auktion und zur Beute
sind die Wachträume viel zu reicher Leute . . .
Die Welt in Bronze und Goldbrokat schwimmt hier davon —
Jeden Tag: Auktion! — Jeden Tag: Auktion!

Ferner landen auf diesen großen Auktionen
jene Speiseservice für 180 Personen . . .
Aus der Gästemasse werden ausgeboten: 1 General, 1 Industriebaron.
Jeden Tag: Auktion!
Freitag: Versteigerung des außergewöhnlich schönen und wertvollen
Theaterdirektors Claus (alias Cohn).
In der Masse: ein Hausaltar und ein Grammophon.

Und das Publikum streift wie die Polizisten
durchs Revier dieser sterbenden Kapitalisten.
Jeden Tag: Auktion!
Und keiner merkt, wenn die Auktion dann beginnt,
daß hier Schlachtfelder ohne Soldaten sind.
Klubsessel, Schoßhunde, Teppichläufer —
alles ist da. Bloß keine Käufer.

Denn die Brüder, die solche Sachen erwerben
liegen selber schief oder selber im Sterben.
Jeden Tag: Auktion!
Publikum! Hut ab zum Massengebet!
Merkt ihr nicht, was hier vor sich geht?
Auf diesen Auktionen verkloppt die Zeit unversöhnlich
nicht die Möbel —
sondern den Bürger persönlich.

Unter dem Protektorat des Innenwehrministers . . .

Im Westen Berlins, nahe dem Bahnhof Zoo, gibt es in einem primitiven Raum ein „Theater", das sich durch kräftige Preise und scharfe kritische Worte auszuzeichnen pflegte: das Tingel-Tangel-Theater Friedrich Hollaenders. Jetzt ist erfreulicherweise der Besuch dieses knapp 150 Menschen fassenden Theaters auch für den noch in Arbeit stehenden Proleten zweimal in der Woche möglich, wenn nämlich nur halbe Eintrittspreise erhoben werden und man die billigsten Plätze, auf denen man aber genügend sieht und gut hört, nicht teurer zu bezahlen braucht als mittlere Kinoplätze.

Also haben wir uns einmal das Theater angesehen. Friedrich Hollaender, der sonst so gern und gut die politische Satire mit aller Schärfe gegen das bestehende System pflegte, ist — dies vorweg — zahm geworden. So zahm, daß man unwillkürlich das Gefühl bekommt: siehe Ueberschrift. Er hat eine Variété-Revue „Allez — Hopp!" inszeniert, mit seinem fabelhaften Geschick für gute Regie und einprägsame Musik. Die Konference besorgt in sehr netter, aber auch zu milder Form Wolfgang von Schipinsky; überall nur ganz schwache Versuche zu politischer Karikatur. So etwa die beiläufige Bemerkung, man könne nur mit einer eigenen Schutzwache noch auf die Straße, wenn man etwa ein Hoch auf die Republik auszubringen gedenkt. Ausgezeichnet das Bild der dressierten Affen „Nichts sehen, nichts hören, nichts sprechen" — in Anlehnung an bekannte ostasiatische Legenden; hier auch ein paar kleine Hiebe auf die Notverordnung. Dann etwa die Glosse auf die Militärfilme mit einem sehr netten vom Ensemble „synchronisierten", auf deutsch hinter der Leinwand mitgesprochenen Film: „Oberleutnant Faust oder der Schrecken der Produktion." Hier — wie in der Affenszene — besonders gut Hans Hermann-Schaufuß als Feldwebel Vallentin, Gretchens Bruder.

In größerem Rahmen mit mehr Mut und auch normalerweise niedrigeren Eintrittspreisen vermag das Hollaender-Theater sehr wohl zur weiteren Zerstörung des bürgerlichen Klassenstaates und seiner kulturellen Leistungen beizutragen; dazu gehört allerdings nicht nur der Mut, kräftige Wahrheiten auszusprechen, sondern sich innerlich auch zu ihnen zu bekennen. Ob das auf der Basis einer radikaldemokratischen, aber immer noch im Bürgerlichen haftenden Richtung möglich ist, bezweifeln wir allerdings.

—el.

Kleines Feuilleton

Schwarzhörer in Peru.

Die Zahl der Rundfunkhörer, die ohne Anmeldung und ohne Bezahlung der Lizenzgebühren an den Darbietungen teilnahmen, scheint in Peru ungewöhnlich groß zu sein. Nach den Schätzungen der Regierung übersteigt sie vielleicht sogar die Zahl der angemeldeten Hörer. Es soll daher demnächst eine peruanische Kommission nach Europa reisen, um die Methoden zu studieren, mit denen hier dem Unwesen der Schwarzhörer zu Leibe gegangen wird.

Maria Leitner
HOTEL AMERIKA

Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

15. Fortsetzung

Wenn sie miteinander flüstern, erzählen sie sich, wieviel ihre Schuhe oder ihr seidenes Unterkleid gekostet haben, wieviel ihr Freund oder Mann für den diamantenen Ring oder für den Champagner im Nachtklub bezahlen mußte.

Es gibt allerlei zu sehen, auch wenn man das Hotel nicht verläßt. Eine Geschäftsstraße bietet Herrn Fish alle Schätze der Welt an. Herr Fish flüstert „Geld, nur Geld" und seine Hand tastet zu dem bewußten Päckchen, das an seiner Brust ruht. Hoho! er wird Geld haben, er wird schon dafür sorgen, daß er es bekommt, nur noch etwas Geduld, nur noch wenige Minuten Geduld . . .!

Die Autos bewegen sich auf einer Drehscheibe, um sich von allen Seiten den Zuschauern zu präsentieren, er braucht nicht in Verlegenheit zu geraten, wenn er sich das Beste aussuchen will.

Schneider locken ihn mit einem Bild des Prince of Wales, der hier einen Anzug hat anfertigen lassen. Ja, auch er wird das Beste aus sich herausholen.

Eine riesige, irisierende Perle in einer Krawattennadel, garantiert echt, würde besonders geeignet sein, die Blicke der Frauen auf sich zu lenken. „Geld, nur Geld . . ."

Aber diese äußeren Kleinigkeiten sind das wenigste, das bedeutungsloseste, sogar die Schulden, die man los wäre, sind nicht so wichtig. Die Hauptsache wäre die Freiheit. Man könnte endlich über dem niederen Leben stehen, die Dinge überblicken, alle Zusammenhänge aus einer Höhe übersehen, die einem bisher verwehrt wurde.

Endlich ist die Zeit um.

Herr Fish steht Herrn H. W. Strong gegenüber, dem mächtigen H. W., wie er allgemein von seinen Freunden und Feinden genannt wird.

Jetzt, da Herr Fish vorläufig am Ziele ist, fühlt er mit Schrecken eine gewisse Befangenheit in sich aufsteigen, die seiner Redegewandtheit, vielleicht sogar seinem Erfolg hinderlich sein könnte. Er findet, daß der Blick, den Herr H. W. Strong über ihn gleiten läßt, zu gleichgültig, ja zerstreut ist.

Sie befinden sich in dem Empfangsraum des Zeitungsmannes. Herr Fish bucht es als einen Erfolg, daß kein Sekretär zugegen ist und betrachtet enttäuscht diesen mächtigen H. W. Strong, der durchaus nichtssagend aussieht, wie ein ganz gewöhnlicher Mitmensch.

Herr Fish hatte von H. W. Strong erwartet, daß er hinter einer faszinierenden Glätte etwas Dämonisches verriete. Aber er scheint im Gegenteil den Ehrgeiz zu haben, unbedeutend und einfach auszusehen. Sein Anzug sieht aus, als hätte er ihn von der Stange in der 14. Straße gekauft.

Das stört Herrn Fish. Seine ganze wunderbare, wohl durchdachte, gut aufgebaute Rede kommt ins Wanken.

Er gerät in Versuchung, seine Augen zu schließen, um Herrn H. W. Strong richtig zu sehen: diese Spinne, die ihre Fäden über die ganze Welt zieht, diesen Mann, der in ungeheuren Höhen wohnt und Zusammenhänge übersieht, die den winzigen, um ihr tägliches Brot kämpfenden Menschlein unbekannt bleiben, denn er, H. W. Strong, beschließt, was der Masse bekannt werden soll. Seine Reporter sind wie Rennpferde, die den Nachrichten nachjagen. Sieger bleibt, wer als erster die Information telegraphiert. Aber Herr H. W. Strong oder seine Bevollmächtigten entscheiden allein darüber, ob die Information zum Druck geeignet ist.

Welche Macht! Herr Fish blickt auf den ungepflegten älteren Herrn, der wie ein schlechtbezahlter Methodistenprediger aussieht, und bezweifelt fast, daß dieser mit dem Mächtigen identisch ist.

Aber jetzt hört er dessen scharfe, befehlende Stimme und er zweifelt nicht mehr.

„Beeilen Sie sich," sagt Herr H. W. Strong.

Herr Fish räuspert sich und beginnt dann unvermittelt gleich damit, was er eigentlich erst viel später, gleichsam als Pointe zu sagen sich vorgenommen hatte.

„Ich weiß nicht, Herr Strong, ob es Ihnen bekannt ist, daß ich das große Glück hatte, mit Marjorie —"

Herrn Strongs Augenbrauen heben sich plötzlich zu einem scharfen Dreieck.

„Verzeihung, ich meine natürlich Fräulein Strong — wie gesagt, ich hatte das Glück, mit Ihrer verehrten Tochter befreundet zu sein."

Es verhält sich tatsächlich so, daß noch vor einigen Monaten Herr Fish bedeutend höhere Ambitionen hatte als heute. Er hatte nichts weniger erwartet, als der Schwiegersohn des mächtigen Herrn Strong zu werden. Herr Fish hatte ohne Zweifel auf die verwöhnte Marjorie Strong einen starken Reiz ausgeübt, aber natürlich dauert nichts ewig, am allerwenigsten die Zuneigung Marjorie Strongs.

Herr Fish aber ist nicht bereit, sich ohne weiteres aus Schlaraffenland vertreiben zu lassen. Vorläufig besitzt er nur Schulden, die zu machen er nur dank dieser Verbindung in der Lage gewesen war.

„Wie gesagt, Fräulein Strong sah in mir einen Freund, einen intimen Freund."

Herr Strong zeigt mit einer ironischen Handbewegung auf einen Stuhl, der nicht weit von ihm steht.

Herr Fish läßt sich eilig nieder.

„Ich interessiere mich zwar nicht für die Freunde meiner Tochter, aber da ich annehme, daß Sie nicht nur hier sind, um mir das mitzuteilen, reden Sie."

Herr Fish fühlt sich noch immer unbequem. Er redet schnell.

Es handelte sich um eine Freundschaft, die überaus warm war, doch sei er — so beteuert Herr Fish — nicht der Mann, der der schönen Braut etwa Unannehmlichkeiten an ihrem Hochzeitstage bereiten wolle. Ja, es sei auch nicht sein Fehler, daß die Angelegenheit erst jetzt zur Klärung käme, seine bisherigen Bemühungen, von Herrn Strong empfangen zu werden, seien bislang gescheitert. Es läge ihm auch fern, etwa das Lebensglück Marjories — — —

Herr H. W. Strong zieht seine Augenbrauen wieder in die Höhe.

Er meine natürlich Fräulein Strongs — setzt Herr Fish fort — zerstören zu wollen, um so weniger, da er ja selbst nicht frei sei. Diese Tatsache war auch wohl Fräulein Strong bekannt, und man hatte eine Scheidung erwogen, die aber nicht zur Ausführung kam, als sich Marjorie —

Herr Fish erblickt wieder die drohenden Augenbrauen Herrn H. W. Strongs.

Verzeihung: als sich Fräulein Strong mit Robert Sedwick verlobte. Nun handelt es sich um folgendes: Herrn Fishs Gattin hat unglücklicherweise Briefe Fräulein Strongs gefunden und sie trägt sich mit der Absicht, gegen Fräulein Strong eine Schadenersatzklage wegen Diebstahls der Gattenliebe anzustrengen. Ja, das wäre also die Sache.

(Fortsetzung folgt.)

Lokalblatt der SAZ

Düsseldorf

Landkreis Düsseldorf-Mettmann. In der Kreistagssitzung verlas der Vorsitzende eine Erklärung, wonach die Genossen Westerholz und Zöllig und die Genossin Pütz die Sozialistische Arbeiterpartei im Kreistag bzw. Kreisausschuß vertreten. Von der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft ist Herr Lein aus Hilden zur Nazifraktion übergetreten. Trotzdem stimme Lein bei den verschiedensten Verhandlungspunkten gegen seine Fraktionskollegen. Regierungsrat Tapolski wurde mit 19 Stimmen bei 10 Enthaltungen gegen 6 Stimmen zum Landrat gewählt. Auch wurde er mit ungefähr derselben Mehrheit als Vertreter in den Ruhrsiedlungsverband gewählt. Die kommunistische Fraktion hatte eine Reihe von Anträgen gestellt, die aber, weil es die bürgerliche Mehrheit nicht wollte, nicht zur Verhandlung gestellt wurden. Unsere Genossen und auch die Vertreter der SPD hatten sich für Behandlung der Anträge ausgesprochen. Die übrigen Tagesordnungspunkte betrafen nur Aenderungen der kreiskommunalen Steuerordnungen. Nunmehr ist also auch die SAP im Kreistag mit einer Genossin und einem Genossen und im Kreisausschuß mit einem Genossen vertreten.

Ahlen

Ein Rückblick auf das Elendsjahr 1931. Auswirkung der Krise. Das Jahr 1931 begann mit einer starken Belastung des Arbeitsmarktes, die zahlenmäßig durch 4746 Arbeitsuchende zum Ausdruck kam. Die Abwärtsentwicklung setzte sich bis 15. Februar fort und erreichte den winterlichen Höchststand von 5295 Arbeitsuchenden. Hierbei machten sich die Entlassungen der Zeche Westfalen aus dem Januar-Streik bemerkbar. Die saisonmäßige Frühjahrsbelebung vermochte die Höchstziffer bis zum 30. April nur um 762 Arbeitsuchende auf 4553 zu senken. Die Entlastung wurde fast allein durch das Baugewerbe und die Zement- und Kaliindustrie herbeigeführt. Mit 3983 Arbeitsuchenden am 15. Juli war der günstigste Stand des Jahres erreicht. Die nächste Zählung der Arbeitsuchenden am 31. Juli (3989) zeigte bereits wieder eine rückläufige Bewegung, die dann immer stärker fortschritt und die Zahl der Arbeitsuchenden auf 5195 am 15. Dezember anschwellen ließ. Hervorzuheben sind für diese Zeit an arbeitsmarktlichen Vorgängen die Wiedereinstellung von 100 Untertagearbeitern im Bergbau, die frühzeitige Verschlechterung in der Zement- und Kaliindustrie und der erhebliche Rückgang des Beschäftigungsgrades in der Emaille- und Maschinenindustrie. Trotz der steigenden Zahl der Erwerbslosen zeigen sich vor allem die drakonischen Maßnahmen Brüningscher Notverordnung gegen die Hungernden. So betrug der Unterstützungsaufwand im Jahre 1930 2 493 905,43 Rm., und im Jahre 1931 infolge Auswirkung der Notverordnungen 1 797 235,18 Rm. Aus diesen Zahlen läßt sich eindeutig und klar die unverantwortliche Tolerierungspolitik bemessen, die den Armen das Letzte nimmt und den Besitz verschont. Möge am Abschluß des Jahres 1932 die Arbeiterschaft gefestigter zusammenstehen, um die Ablösung dieses widersinnigen Systems zu erzwingen.

Münster i. W.

Mietssenkung. Von der vierten, lediglich durch die Tolerierungspolitik der SPD zustande gekommenen Notverordnung kann man eins sagen: sie versucht die Wirtschaftskrise dadurch zu beheben, daß sie ihre wesentlichsten Ursachen verschärft. Lohnabbau ist die große Parole, von der man eine Rettung erhofft. Damit aber für den Arbeiter ein Ausgleich vorhanden ist, setzt man einen Preissenkungskommissar ein und verordnet, daß die Mieten um 10 Prozent gesenkt werden. Wie die Mietssenkung aber in Wirklichkeit aussieht, beweist uns folgendes Schreiben.

„Der Magistrat. Nach der Notverordnung zur Senkung der Mietpreise für Neubauwohnungen sollen ab 1. Januar 1932 die Mieten für diese Wohnungen anteilig um den Betrag ermäßigt werden, um den die laufende Belastung der Gebäude durch die Zinssenkung gesenkt wird. Wir haben beim Abschluß des Mietvertrages einen wesentlich geringeren Mietzins berechnet als er nach den Baukosten und nach der Zinsbelastung hätte berechnet werden müssen. Diese von uns beim Vertragsabschluß vorgenommene Mietsenkung übersteigt ganz erheblich die durch die Notverordnung gefoderte Mietsenkung. Aus diesem Grunde und ferner auch deshalb, weil wir selbst nach der Zinssenkung noch erhebliche Zuschüsse für die städtischen Neubauwohnungen zu leisten haben, sind wir zu unserem Bedauern nicht in der Lage, eine weitere Mietsenkung vornehmen zu können." Das klingt ja alles sehr schön. Tatsache ist aber auch, daß der Schitlohn des Empfängers dieses Schreibens von 6,03 Mark auf 4,72 Mark gefallen ist.

Lippe-Detmold

Die Polizei erweist sich als brauchbares Instrument unserer Partei. Als am Montag unsere Genossen vor dem Arbeitsamt Handzettel zur Portune-Versammlung verteilten, beschlagnahmte die Polizei dieselben. Diese Nachricht hatte sich wie ein Lauffeuer verbreitet. Als sich hernach herausstellte, daß unsere Flugblätter und Handzettel von der Lippeschen Regierung (Abteilung des Innern) für den ganzen Freistaat Lippe genehmigt waren, konnten unsere Genossen weiter verteilen. Nun geschah es, daß sich das Publikum um die Handzettel riß. Detmold fiebert auf die Portune-Versammlung.

Heidenoldendorf

Durch den Burgfrieden mußte die SAP leider darauf verzichten, sich an den Kreistagswahlen zu beteiligen. Die SAP hat aber trotzdem für unser Gemeindeparlament eine eigene Liste eingereicht. Das paßt der SPD natürlich ganz und gar nicht.

Oerlinghausen

Am 5. Januar fand unsere erste öffentliche Versammlung statt. Die Versammlung muß auf die Besucher eine mächtige Wirkung gehabt haben. Zum Schluß konnten wir erleben, wie sich KPD- und SAP-Mitglieder die Hände reichten und ein Schutz- und Trutzbündnis machten. In Oerlinghausen wird die SAP in der nächsten Zeit eine große Kundgebung mit der KPD und den übrigen proletarischen Organisationen veranstalten; für dieselbe stellen die SAP und die KPD je einen Redner. Die Einheitsfront marschiert!

Lage

In einer öffentlichen Versammlung der SPD, in der M. d. R. Schreck sprach, passierte ein Zwischenfall. Bei der Aufführung eines Sprechchors stürzte ein Mädel vom Podium. Carl Schreck geht zu dem Mädel und erkundigt sich nach ihren Verletzungen. Darauf das Mädel: „Die Verletzungen sind nicht so erheblich, der Schreck war das Schlimmste!"

Frankfurt a. M.

Inventurausverkauf. „Um 50 Prozent im Preise herabgesetzt", „Für ein Butterbrot erhalten Sie einen Anzug". Mit solchen und ähnlichen Anschriften lockt man die Menge an die Läden. Eine riesige Menschenschlange zieht nachmittags und abends durch die Straßen, um das diesjährige Inventurwunder zu bestaunen. Um zu sehen, ob denn wirklich alles so billig geworden, daß man für ein paar Pfennig Berge von Waren kaufen kann. Die Hausfrau kratzt ihre Sparpfennige zusammen, der sogenannte Vollarbeiter rüstet zu einem großen Schlag. Im Geist hat er schon den ganzen Wronker ausgeräumt. Die Arbeitslosen kommen aus ihren Wohnlöchern herausgekrochen. Sie wollen ihr persönliches Reparationsproblem lösen. Und so wanderst du voll gläubiger Hoffnung auf die Kaiserstraße und zur Zeil, um teilzuhaben an dem Segen dieses Inventurausverkaufs.

Gott, was in dieser Schaufenstern alles aufgestapelt ist! Alle Herrlichkeiten der Welt stehen dir zur Verfügung: Hüte, Anzüge, Mäntel, Hemden, Bettwäsche. Du kriegst einen Hut für eine Mark oder 1.50. Jedoch übernimmt die Firma im Falle eines unvorhergesehenen Regens keinerlei Garantie. Ein Hemd kannst du für 50 Pfennig haben. Doch deine Alte muß vorsichtig sein mit dem Waschen, sonst kommst du eines Tages nach Hause und wunderst dich über die merkwürdige Suppe, die deine bessere Hälfte fabriziert hat. Ehe du dich versiehst, hast du dein Sonntagnachmittagausgehhemd vertilgt. Für 8 bis 10 Mark erhältst du einen Anzug und diverse Bücklinge des Verkäufers. Doch wundere dich nicht, wenn dein Freund fragt, seit wann du Brennessel- oder Sackleinenanzüge trägst. Gewiß, nicht alles ist Tinneff. Fabelhafte Sachen reizen zum Kauf. Mäntel und Anzüge, hergestellt aus echt englischen Stoffen. Jedoch kosten sie trotz Inventurausverkauf eine beträchtliche Stange Geld. Teppiche, Uhren, Lampen, ganze Wohnungseinrichtungen, Vasen, feine Zephirhemden, kurz, alles, was das Herz begehrt, steht dir zur Verfügung, wenn du bezahlen kannst. 10 bis 20 Prozent Preisabbau, was ist das schon bei einem Lohnabbau von insgesamt beinahe 45 Prozent, bei den „enormen Bezügen" der Erwerbslosen. Preisabbau, — das klingt wie eine Verhöhnung der Proleten!

„Der Dank des Vaterlandes." Eine Witwe sollte 844 M. zuviel erhaltene Rente zurückzahlen. Ihre Söhne waren im Krieg gefallen. Ihr Mann, seinerzeit bei der Reichsbahn beschäftigt, starb. Nun lebte die Frau von der Rente, die ihr das Versorgungsamt aussetzte. Das Versorgungsamt wandte sich an die Reichsbahn, um festzustellen, welche besonderen Einkünfte die Witwe beziehe. Die betreffende Reichsbahndienststelle vergaß nun, dem Versorgungsamt mitzuteilen, daß die Frau einen kleinen Zuschuß von einer Arbeiter-Pensionskasse bezog. Die Witwe erhielt demgemäß einen höheren Satz als ihr zustand. Als das Versorgungsamt eines Tags erneut die Angelegenheit prüfte, kam es dahinter, daß die Frau Zuwendungen erhielt, von denen das Versorgungsamt nichts wußte. Nun machte man die Frau dafür verantwortlich, daß das Versorgungsamt nicht richtig informiert war. Die Witwe sollte böswillig verschwiegen haben, daß sie mehr bezog, als ihr zustand. Aber man hatte sich doch nicht bei ihr erkundigt, sondern bei der Reichsbahn. Außerdem wußte die Frau nicht, wie sie vor dem Versorgungsgericht nachweisen sollte, wodurch die Höhe der Unterstützung bestimmt wird. Doch das Versorgungsamt sperrte ihr die Elternbeihilfe und forderte die Rückzahlung der zuviel erhaltenen 844 M. Die Sache kam vor das Versorgungsgericht. Dem Versorgungsgericht wies sie nach, daß sie die Zusammenhänge nicht kannte. Sie habe außerdem das Geld nicht mehr. Das Versorgungsgericht kam zu der Auffassung, daß eine Rückzahlungspflicht nicht besteht.

Die Ausstellung „Frauen in Not" hat bisher einen ausgezeichneten Besuch zu verzeichnen. Es werden täglich eine Reihe von Führungen veranstaltet und fast jeden Abend (8 Uhr) findet im Rahmen der Ausstellung ein Vortrag statt, welcher die soziale Stellung der Frau von allen Seiten beleuchtet. Die Ausstellung ist werktäglich wie auch Sonntags geöffnet von 10 bis 20 Uhr. Eintrittspreise: 50 Pf. — Für Mitglieder von Organisationen 30 Pf. — Für Erwerbslose 10 Pf. Sonntag, den 10. 1., 10.30 Uhr, findet eine Matinee statt, die von Frankfurter Künstlern durchgeführt wird (in den Ausstellungsräumen Neue Mainzer Straße 77).

Der Fall Stegmann. Bekanntlich hat Stegmann gemeinsam mit einigen Komplicen den Raubüberfall auf die Metzgerfrau Eggert ausgeführt. Die Untersuchungsbehörde forscht nach, ob er nicht auch die Prostituierte Regina Grevenig sowie den Metzgermeister Kappes getötet hat. Man fand seiner Zeit bei Stegmann die Uhr der ermordeten Grevenig. Stegmann behauptet, er habe die Uhr schon vor der Ermordung der Grevenig besessen. Das Gegenteil konnte ihm bisher nicht nachgewiesen werden. Auch in der Mordsache Kappes verliefen die Ermittlungen gegen Stegmann bisher ergebnislos.

1 Jahr 9 Monate Zuchthaus wegen Blutschande. Vor Gericht stand der Arbeitslose Wilhelm Reusch. Reusch ist, wie das Gutachten feststellte, schwerer Alkoholiker und leicht schwachsinnig. Es wurde ihm zur Last gelegt, seine jüngste Tochter fortgesetzt mißbraucht zu haben. Reusch bestritt die Richtigkeit der Anschuldigungen zunächst. Doch die Vorgeschichte dieses Falles und die präzisen Angaben seiner Tochter sprachen gegen ihn. Es ist nämlich nicht das erste Mal, daß man ihn der Blutschande beschuldigt. Reusch war mit seiner Familie in den Vereinigten Staaten ansässig. Eines Tages tauchte das Gerücht auf, Reusch stehe im strafbaren Verkehr mit seinen Töchtern. Man schleppte ihn vor den Kadi. Doch man konnte ihm nichts Konkretes nachweisen. Aber da die Verdachtsmomente stark waren, wies man ihn aus. Zwei seiner Töchter blieben in Amerika. Seine Frau und die jüngste Tochter schifften sich mit ihm nach Deutschland ein. Alles schien in schönster Ordnung. Bis die Schwestern in Amerika aus Deutschland einen herzzerreißenden Brief der jüngsten Reusch erhielten. Sie hielte dieses Leben nicht mehr aus, der Vater mißbrauche sie. Der Mutter das zu sagen, fehlte ihr der Mut. Sie wollte Selbstmord begehen. Man sandte das Schreiben der Polizei. Die Behörde knöpfte sich Reusch vor. Es kam zur Gerichtsverhandlung. Zunächst will Reusch nichts von der Sache wissen. Dann meinte er, er habe derartiges höchstens im Suff getan. Doch seine Tochter bestand darauf, daß er seit Jahren mit ihr geschlechtlich verkehrt habe. Sie führte Fälle an, wonach er sie auch im nüchternen Zustand mißbrauchte. Reusch wurde zu 1 Jahr 9 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Mainz

Die Eiserne Front der „Auserwählten". Wer die SPD-Presse in den letzten Tagen verfolgt und dort die großsprecherischen Redensarten über die Bildung der „Eisernen Front" liest, der müßte erwarten, daß hier eine Organisation im Werden ist, die die große Masse der sozialistischen Arbeiterschaft umfassen soll. Geheimnisvoll wanderten die zuverlässigsten SPD-Funktionäre in den Betrieben herum, um unter den Belegschaften diejenigen herauszusuchen, von denen man erwarten durfte, daß sie mit den SPD-Größen am Ort durch dick und dünn gehen. Wer den höchsten Stellen nicht genehm war, erhielt keine Einladung zur Gründungsversammlung der „Eisernen Front". Vorstandsmitglieder und Betriebsratsmitglieder, die im Geruch standen, eine eigene Meinung zu haben — und selbst, wenn sie noch Mitglied der SPD waren — erhielten keine Einladung. Die künftigen Generäle der „Eisernen Front" trauten sich anscheinend noch nicht so viel Courage zu, um einmal ihren Funktionären in öffentlicher Versammlung gegenübertreten zu können. Wie groß sie das Interesse für die „Eiserne Front" bei der Arbeiterschaft selbst einschätzten, geht wohl zur Genüge aus der Tatsache hervor, daß sie als Versammlungslokal einen kleinen Saal, der im besten Falle 150 Leute fassen kann, für die Gründungsversammlung festlegten. Dabei zählen die freien Gewerkschaften in Groß-Mainz rund 22 000 Mitglieder. Das Afa-Ortskartell, das den SPD-Größen wegen seiner radikalen Einstellung schon immer ein Dorn im Auge ist, sollte ebenfalls ausgeschaltet werden. Das Arbeitersportkartell, dessen Leitung sich in Händen von SAP-Genossen befindet, war gleichfalls nicht von der Aktion unterrichtet worden. Doch es sollte anders kommen. Am Dienstagabend erschienen zu der Gründungsversammlung auch die ungeladenen Gäste. Sie waren in so großer Zahl, daß der kleine Saal mit einem größeren getauscht werden mußte. Auch die Mitglieder der SAP und des Schutzbundes waren in beträchtlicher Zahl vertreten. Das bereitete der Versammlungsleitung sichtliches Unbehagen. Doch sie fand einen Ausweg aus der brenzlichen Situation. Nachdem der Versammlungsleiter, Genosse Thomas vom ADGB-Vorstand, und der sich schon als „Eiserne-Front-General" fühlende Chefredakteur Liebschütz sich der Versammlung vorgestellt hatten, sprach der Gauleiter des hessischen Reichsbanners, Genosse Storck, über die uns nicht mehr unbekannten Aufgaben der „Eisernen Front". „Krieg dem Bürgerkriege", so lautet die neue Parole. Eine Parole, die wohl von dem naivsten Arbeiter nicht mehr ernst genommen werden kann, wenn man von Tag zu Tag immer deutlicher erkennen muß, wie Faschismus und Kapital gegen die Arbeiterschaft rüsten. Kaum hatte Storck mit dieser republikanischen und staatserhaltenden Rede geendet, da kam die Ueberraschung für die ganze Versammlung. Obwohl bereits Anmeldungen von Diskussionsrednern beim Vorstandstisch vorlagen, wurde kurzerhand die Versammlung geschlossen. Damit verhinderte die Versammlungsleitung jede Aussprache über das Thema. Dafür aber setzte eine um so lebhaftere Debatte vor dem Versammlungslokal ein. Dort konnten unsere Genossen manchem der noch irregeführten SPD-Arbeiter die Augen über die tatsächliche politische Situation öffnen. Die Gründungsversammlung der „Eisernen Front" war eine Blamage für die Akteure. Daran ändert auch das alltägliche Siegesgeschrei der „Volkszeitung" nichts.

Groß-Wiesbaden

Senkung der Unterstützung. Der Kreis Untertaunus will die Unterstützungssätze für Wohlfahrtsempfänger nochmals bis zu 30% senken. — Die SPD „protestiert lebhaft" und toleriert weiter.

Der Kreis Altenkirchen zahlt keine Wohlfahrtsunterstützung mehr. Die Kartoffelpreise bleiben unverändert. Man hofft bei längerer Fortdauer auf ein Anziehen der Kartoffelpreise.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse Wiesbaden senkt die Beiträge auf 4—5% des Grundlohnes. Die viel erheblicheren Leistungsminderungen bestehen fort.

Die Wassergelder sind um 1 Pf. pro cbm, Leuchtgas um 1 Pf. pro cbm, der Lichtstrom um 3 Pf. pro kw/Std. ermäßigt worden. Die Mieten werden nur in besonderen Fällen, zu denen die Altbauwohnungen der Arbeiter nicht rechnen, gesenkt.

Im Paulinenschlößchen sollen jetzt alle 14 Tage für die Unterstützungsempfänger der Wohlfahrt und des Arbeitsamtes Konzerte usw. bei freiem Eintritt veranstaltet werden. — Spiele statt Brot.

Ein Teil der Artilleriekaserne soll zu der seit langem projektierten Großmarkthalle umgebaut werden unter gemischtwirtschaftlicher Verwaltung. Die Stadt und die Gartenbauzentrale Schierstein sind an diesem Plan führend beteiligt.

Das Staatstheater soll in Gemeinschaft mit dem Staatstheater Kassel als Saisontheater weitergeführt werden. Es spielt im Sommer in Wiesbaden (für die Kurgäste), im Winter in Kassel. Allen nichtbeamteten Angestellten und Künstlern wurde die Kündigung zum Ende der Spielzeit mitgeteilt. Die drei höchstdotierten Künstler werden „wegen der längeren Vertragsdauer" weiterbezahlt. Die Tänzerin Alida A., die sich bei einer Probe eine Fußverletzung zuzog, in deren Verfolg der Fuß abgenommen werden mußte, erhielt jetzt (nach drei Jahren) durch gerichtlichen Vergleich 600 RM. Schadenersatz zugesprochen und die Ausbildungskosten in einer Handelsschule.

Das Staatstheater führte auf: Franz Molnárs „Jemand". Dieser „Jemand" ist ein „Niemand", eine erfundene Figur, mit der ein Hochstapler seinen Schwindel betreibt, bis ... es schließlich nach drei Akten zum happy end kommt. Typisch für die heutige Situation des bürgerlichen Theaters. Realitäten, Gedanken, lebendige Menschen? Beziehung zum Leben; Verdichtung der Probleme auf der Bühne zu dramatischer Wirkung? Wozu? Ein virtuoses Gaukelspiel, eine amüsante Gaunerei — das Publikum lacht, das Publikum klatscht und hat hinterher alles vergessen.

Zeitgemäßes Kino. Die erste Woche des neuen Jahres begann verheißungsvoll. Die Kinos führten vor: den „vaterländischen" Film „Yorck", den Militärfilm „Kadetten", den Kadettenfilm „Das Liebeskommando", den „Hauptmann von Köpenick". Im Parkett saßen unsere lieben Mitbürger und seufzten: „Ach, es war doch schön!" Selbst die gelungene Satire im „Hauptmann von Köpenick" ändert daran nichts — das wissen die Hersteller. Man lacht, man weint und hat es dennoch nicht begriffen.

Gregor Strasser im „Nassauer Volksblatt": „Arbeit gibt Lohn, Lohn gibt Kaufkraft, Kaufkraft gibt Arbeit."

Fritz Naphtali in der „Volksstimme": „Wir werden darum kämpfen, daß durch Stärkung der Massenkaufkraft und durch Arbeitsbeschaffung mit Kapitalien, die in der öffentlichen Hand zu bilden sind, die Arbeitslosigkeit abgebaut wird."

Gregor Strasser im „Nassauer Volksblatt": „Es gibt nur ein Kapital: die menschliche Kraft. Wenn diese von einem starken, sauberen Staat als Arbeitskraft und Wehrkraft . . . richtig eingesetzt wird, muß dieses Volk Leben, Raum, Arbeit und Brot haben."

Die „Volksstimme" lobend: „Ebenso ist eine Million flottgemacht worden, damit die Jugendlichen, für die keine Arbeitslosenunterstützung bezahlt wird, auch an dem freiwilligen Arbeitsdienst teilnehmen können."

Kommentar überflüssig. Wiesbadener Jahreswende!

Lippe im Wahlkampf

Lippe-Detmold, 7. Januar.

In Lippe-Detmold finden am 10. Januar Kreistags- und Gemeindewahlen statt. Durch den „Burgfrieden" hat sich die Versammlungstätigkeit der Parteien auf den Zeitraum einer Woche zusammengedrängt. Die Sozialdemokratische Partei hält jeden Abend etwa 40 Versammlungen ab, die Nationalsozialisten etwa 30, die Kommunisten 20, zu denen noch die übrigen Parteien hinzukommen. Das sind jeden Abend etwa 120 Versammlungen! Das lippische Volk hat somit die Möglichkeit, eine politische Schule mitzumachen, wie sie ihm wohl sobald nicht wieder geboten werden dürfte. Für wie wichtig die Parteien die Wahl erachten, geht daraus hervor, daß ihre Führer, wie Hitler, Hugenberg, Breitscheid, Severing usw. angekündigt sind. Es wird sich lohnen, auf das Ergebnis zurückzukommen.

Organisations-Nachrichten

SAP Düsseldorf: Distriktsversammlung des 22. Distrikts am 19. Januar in der „Katzbachquelle", Schlesische Str. 92, 20 Uhr. Referent Gen. E. Stedeli. Thema: Kampf gegen den Faschismus.

Sportschau der SAZ

Was bringt der Sonntag?

Wenig Spiele im Vogtland

Die Fußball-Serienspiele sind nun mit dem Kreisspiel Niederhaßlau gegen den Vogtländischen Meister Spielvereinigung 23 abgeschlossen. Spielvereinigung Oelsnitz hat zwar verloren, aber trotzdem hat die Mannschaft spielerisch einen Erfolg davongetragen.

Die schlechten Wetterverhältnisse veranlaßten viele Vereine, sich jetzt einige Sonntage zurückzuziehen. Es wird daher am Sonntag nur ein verhältnismäßig kleines Spielprogramm geboten werden. Um 14.30 Uhr treffen sich Rodewisch und Rebesgrün. Daß dabei Rebesgrün triumphieren könnte, erscheint fraglich. Raschau spielt um 14 Uhr gegen Wacker und wird sich tüchtig bemühen müssen, um die letzte Niederlage einigermaßen wettzumachen.

Die **zweite Klasse** bringt einige interessante Treffen. So das zwischen Eintracht und Greiz Aubachtal I um 9.30 Uhr. Die Gäste stellen eine gute Mannschaft dar. Aus Thüringen brachte seinerzeit Eintracht eine 7 : 1 - Niederlage mit. — Rodewisch und Rebesgrün spielen um 13 Uhr. Es wird zweifellos ein interessanter Kampf. Der Gruppenmeister Rebesgrün muß im Spiel gegen Ellefeld (11 Uhr in Ellefeld) beweisen, was er kann. Es sind nur noch wenige Tage bis zur Ausscheidung der Bezirksmeisterschaft. Wie Ellefeld gegen Rebesgrün I (11 Uhr) bestehen wird, das ist noch nicht klar. — Wacker 2—Haselbrunn (14 Uhr).

Vorschau der Handballer

Gute Witterungsverhältnisse müssen nötig sein, um die Handballer auch wieder voll zur Geltung kommen zu lassen, denn außer den Gesellschaftsspielen muß auch das letzte Serienspiel unter Dach und Fach gebracht werden. — **SAbt. I—Schwimmer I, 10 Uhr.** Ein Punktspiel, bei dem es ungewiß ist, wer den Sieger stellt. (Schiedsrichter Genosse Wunderlüh) — **Haselbrunn I—1. Abt. I, 14 Uhr.** Dieses Spiel wird sicher mit Feinheiten und technischen Leistungen des Handballs die Besucher immer in Spannung halten. Schiedsrichter Genosse Schaller. — **4. Abtl. 1—Haselbrunn 2, 14.30 Uhr.** Im letzten Spiel schieden beide mit einem Remis. Anstrengung ist für die 4. Abt. nötig, denn Haselbrunn ist kein zu unterschätzender Gegner. Schiedsrichter Genosse Müller. — **5. Abt. Jgd.—Haselbrunn Jgd., 14 Uhr.** Schiedsrichter Genosse Blechschmidt.

— und im Zwickauer Bezirk

Im ersten Kreismeisterschaftsspiel hat der Meister des Bezirks sein Können unter Beweis gestellt. Am kommenden Sonntag hat er Ruhe, aber am 17. muß er wiederum antreten.

Das Eröffnungsprogramm des neuen Spieljahres ist buchstäblich ins Wasser gefallen. Die Wetterlage ist auch daran schuld, daß die Vereine mit ihren Abschlüssen vorsichtiger geworden sind. So ist es zu erklären, daß am kommenden Sonntag Großkämpfe so gut wie vollständig fehlen.

Der Hauptkampf ist zweifellos das Auf- und Abstiegsspiel der 1. Klasse zwischen Mylau und Zwickau-Nord in Ebersbrunn um 14 Uhr.

Auf Grund einer Berufung der Vereine Cainsdorf und Werdau wurde der bereits eingeschlagene Weg des Gruppenausscheidungssystems wieder aufgegeben. Die bereits ausgetragenen Spiele werden sicherlich dem Ruf der beiden Vereine nichts geschadet haben. Strikte nach der Satzung verfahren, kommt nunmehr nur Mylau und Pöhlau für den Abstieg in Frage. Pöhlau ist inzwischen schon ausgeschieden, während Mylau noch mit Zwickau-Nord um das wichtige Agitationsmittel zu kämpfen hat. Jede Partei wird sich die größte Mühe geben, um das Ziel zu erreichen. Der Sieg wird auf alle Fälle sehr schwer erkämpft werden.

Wilkau—Ponitz um 14.30 Uhr. Die Thüringer, die nicht gerade von überzeugender Spielstärke sind, weilen recht oft in unserem Bezirk. Wilkau hat von ihnen nichts zu befürchten. — Netzschkau—Kürbitz um 14.30 Uhr. Netzschkau bekommt einen Gegner, der im 8. Bezirk jetzt mindesten. gute 1. Klasse repräsentiert. — Oberhohndorf—Reichenbach um 14.30 Uhr. Beide sind spielerisch und kämpferisch gleich gut. — Planitz—Zwickau-Süd um 11 Uhr. Zwickau-Süd hat das spieltechnische bessere Können. — Nachmittags hält der große VFL. Planitz seine Hauptversammlung im Volkshaus ab, aus diesem Grunde ist der Anstoß so zeitig angesetzt. — Pöhlau—Werdau um 14.00 Uhr (Fichteplatz). Ob den Gästen ein Sieg gelingt? Wir glauben noch nicht daran. — Crimmitschau—Zwickau um 14 Uhr. Bei dem Zusammentreffen der als völlig gleichwertig erscheinenden Mannschaften hat Crimmitschau stets besser abgeschnitten. — Marienthal—Neukirchen um 15 Uhr. Neukirchen erscheint uns als die gefestigtere Mannschaft. Zum Ausgleich hat Marienthal den eigenen Platz für sich. —

Spiele der unteren Mannschaften: Wilkau 2 b—Ponitz 2 (13.00); Pöhlau 2—Wilkau 2 (10.30); Pöhlau 3—Wilkau 3 (12.30); Netzschkau 2—Kürbitz 2 (13.00); Oberhohndorf 2—Reichenbach 2 (13.00); Planitz 2—Zwickau-Süd 2 (12.30); Friedrichsgrün 2—Lichtenstein 3 (13.00); Härtensdorf 2—Mülsen-Niclas 2 (13.30); Zwickau-Nord—Schönfels 2 (14.00); Marienthal 2—Neukirchen 2 (13.00). — Jugend: Oberhohndorf—Reichenbach (12.00); Vielau—Niederhaßlau (10.00); Marienthal—Neukirchen (12.00).

Nicht anders als bei den Fußballern ist es beim Handball. Auch da werden nur wenige Spiele gemeldet. So spielt um 11 Uhr Wilkau 1 gegen Werdau 1. Ein schöner Kampf wird sich in Wilkau abspielen, denn es stehen sich zwei zähe Gegner gegenüber. In den letzten Spielen gelang es Werdau, gegen Wilkau immer standzuhalten, und erst in den Schlußminuten konnte Wilkau den Sieg mit 2 : 3 Toren sicherstellen. Es spricht also alles dafür, daß ein scharfer Kampf um den Sieg entsteht. Nach langer Zeit kommen Wilkaus Anhänger wieder einmal in den Genuß eines spannenden Spieles.

Dann spielen noch: Planitz 2—Wilkau 3 10 Uhr; Cainsdorf Jugend—Planitz Jugend 10 Uhr; Wilkau Jugend—Werdau Jugend 10 Uhr.

Berliner Arbeiterschwimmer im Wettbewerb

Wasserballserienspiele im Lunabad

Die führenden Mannschaften der Tabelle, **Charlottenburg und Hellas**, haben am kommenden Wochenende ihre Stellung zu verteidigen. Am Sonnabend, um 21 Uhr hat **Hellas** die schnelle Möwesieben zum Gegner und wird sicherer Sieger bleiben. Noch leichter sollte den **Charlottenburgern** am Sonntag, 20 Uhr, der Sieg über Lichtenberg fallen. — Die Spiele finden bekanntlich wie üblich im Lunabad, Halensee, statt.

Bundesoffenes Schwimmfest in Spandau

Die Freien Schwimmer Spandau veranstalten am Sonntag, dem 10. Januar, im Städt. Hallenbad, Radelandstraße, ein bundesoffenes Schwimmfest. Die Beteiligung der Groß-Berliner Vereine ist als äußerst gut zu bezeichnen. Am Start beteiligen sich elf Vereine. Besonders das Brustschwimmen über 100 und 200 m ist gut besetzt. Zum Schauspringen haben die besten Springer Berlins Meldungen abgegeben, darunter Nachtigall-Hellas, Köhn-Oberspree, Kühn und R. Greusing-Lichtenberg. — Außerdem wird ein 16er Kunstreigen von den Frauen geschwommen werden. Die Wallerballspiele bestreiten bei der Jugend Freiheit, Berlin, gegen Fr. Schw., Spandau, und bei den Männern Rathenow gegen Spandau. Der Eintritt beträgt 60 Pfg., für Erwerbslose die Hälfte. Der Reinertrag geht zugunsten der Winterhilfe.

Von den Vereinen

Freie Schwimmer, Zehlendorf

Der Verein für Schwimmen, Spiel und Sport im 10. Bezirk ist gezwungen, im neuen Jahre seine Uebungszeiten zu ändern.

Schwimmen: Jeden Dienstag ab 21.15 Uhr in der Badeanstalt der staatl. Bildungsanstalt, Bln.-Lichterfelde, Zehlendorfer Str.

Ergänzungs- und Hallensport: Jeden Donnerstag von 20—22 Uhr in der alten Turnhalle der Nordschule, Potsdamer Str. 7.

Handball: Zur Vervollständigung der Frauen-, Männer- und Jugendmannschaften werden noch Spieler aufgenommen. Die **Kurse für Nichtschwimmer** finden jetzt laufend statt; Anmeldung an den Uebungsabenden. Dem Verein angeschlossen ist eine **Faltbootabteilung.** Interessenten wenden sich an Heinz Krüger, Bln.-Zehlendorf, Duppelstr. 9. Auskünfte jeder Art erteilt Willi Braatz, Bln.-Zehlendorf, Porststr. 5.

Ruderverein Collegia, Charlottenburg

Heute, Freitag, den 8. Januar, findet keine Mitgliederversammlung statt, jedoch treffen sich die Vorstandsmitglieder um 8 Uhr bei Thunak zur Aussprache. — Sonntag, den 10. Januar, 2 Uhr, Generalversammlung bei Krause, „Gasthaus zur Linde" in Gatow. — Vormittags 10 Uhr Handball gegen Kaubezirk I auf dem Platz in der Wilhelmstraße in Spandau.

SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: monatlich . . 2,40 RM. einschl. Bestellgebühr
wöchentlich . 0,60 RM einschl Bestellgebühr
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

BESTELL-SCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch _____ Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung,
Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: _____
Wohnort: _____
Straße: _____

Diesen Bestellschein nimmt entgegen: jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

Sportabzeichen sind keine politischen Abzeichen

Eine wichtige Entscheidung

Das Schnellgericht beim Amtsgericht Berlin-Mitte hatte sich mit der interessanten Frage zu befassen, ob Abzeichen von Sportvereinen, die sich auch stark politisch betätigen, als politische Abzeichen im Sinne der Notverordnung des Reichspräsidenten zu gelten haben oder nicht. Angeklagt war der 21-jährige Kupferschmied Erwin Ihde, der das Abzeichen des Sportvereins „Fichte" trug. Von dem Sachverständigen Regierungsassessor Schnitzler wurde in Verhandlung ausgeführt, daß der Sportverein „Fichte" sich ständig an politischen Demonstrationen beteilige und auch in einer Zeitschrift einmal als „die beste Rekrutenschule für den proletarischen Klassenkampf" bezeichnet wurde. Daraus gehe eindeutig hervor, daß der Sportverein „Fichte" politische Ziele habe und die Abzeichen als politische Abzeichen zu gelten hätten. Der Staatsanwalt schloß sich diesen Ausführungen an und beantragte 2 Wochen Gefängnis. Das Gericht stellte sich jedoch auf einen anderen Standpunkt und sprach den Angeklagten frei. In der Begründung führte der Vorsitzende aus, daß der Sportverein „Fichte" in erster Linie eine sportliche Vereinigung sei. Es genüge nicht, daß ein Verein vielleicht von einer politischen Organisation benutzt werde, um das Sportabzeichen als politisches Abzeichen gelten zu lassen.

Der Wintersport in der Oberlausitz

Auch die Naturfreunde sind rührig

Am 17. Januar werden sie es beweisen. An der Lausche treten sie mit einem umfangreichen Programm an die Oeffentlichkeit, das Langläufe und Abfahrtsläufe vorsieht. Die Naturfreunde betonen aber besonders, daß nicht die Einzelleistungen ausschlaggebend sind, daß nicht Rekorde aufgestellt werden sollen, sondern daß man vielmehr beweisen will, daß die Naturfreunde auch im Skilauf gute Allgemeinkenntnisse haben. Dieser Tag wird die große Familie der Arbeiter-Winterwanderer des 7. und 8. Bezirks der sächsischen sowohl als auch den 2. Bezirk der tschechischen Naturfreunde zusammenführen. Auch die Wintersportler vom Turn- und Sportbund werden teilnehmen.

Organisationsnachrichten

SAP

Ortsgruppe Weißensee. Jeden zweiten Mittwoch im Monat, Mitgliederversammlung.

Ortsgruppe Reinickendorf. Die für Freitag, 8. Jan., vorgesehene Funktionärversammlung fällt wegen der Groß-Berliner Kundgebung aus.

SJV

Nachrichten des Bezirks Berlin des Sozialistischen Jugendverbandes.

Heute, Freitag, 8. Jan., 19.30 Uhr:

Wer beteiligen uns geschlossen an der öffentlichen Versammlung in Kliems-Festsälen, Hasenheide 13-15.

Erwerbslosenstaffel Prenzlauer Berg und Mitte. Treffpunkt 8.45 Uhr, Normaluhr, Schönhauser Tor.

Erwerbslosenstaffel Neukölln. Treffpunkt wie bekannt.

Spieltrupps „Rote Pfeife" und „Roter Sturm". Sonnabend üben, 18 Uhr, Heim Prenzlauer Allee 34. Unbedingtes Erscheinen erforderlich.

Spieltrupp „Rote Signale". Sonnabend, 19 Uhr, Heim, Prenzlauer Allee 34.

17. Januar. Es sind alle Karten für unsere LL-Gedenkstunde vergriffen. Sofort die übrigen abrechnen.

Die Roten Falken:

Schönhauser Viertel, „Paul Levi". Heim, Sonnenburger Straße 20 (Weltliche Schule). Bringt neue Kinder mit. Wir sind im alten Zimmer.

Mitte, „Rote Pioniere". Heim, Elisabethkirchstraße.

Deutsche Friedensgesellschaft, Bezirksgruppe Bln.-Norden. Freitag, 8. Jan., 20 Uhr, Restaurant „Atlantic", Berlin N, Behmstr. 5-7 (neben Lichtburg): Heinz Kraschutzki, Kapitänleutnant a. D. und ehem. Soldatenrat, über: „Unser Weg aus der Arbeitslosigkeit". Gäste willkommen!

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Willi Schaber, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Sichel Zeitungs Verlagsges. m.b.H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16.
„SAZ. Sozialistische Arbeiterzeitung" erscheint täglich außer Montags
Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2404.
Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905.
Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition: RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2.10 und RM —.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2.10 und RM —.36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2.10 monatlich zuzüglich RM 1.30 Porto.
Inseratenpreise: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.
Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitungs-Verlagsges. m b H.", Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 928.

Volksbühne Theat. a. Bülowpl. D 1, Norden 2946 8 Uhr: **Die Großherzogin von Gerolstein**

Rose-Theater Berlin Frankfurter Str. 132 Telefon: E 7 Weichsel 3422 8¼ Uhr: **Eine Frau von Format**

Werbt für die SAZ

Die „Roten Bücher" der „Marxistischen Büchergemeinde"

Was brauchen wir: Bücher billig u. verständlich

Was wollen wir: Bücher zum Verständnis der politischen, wirtschaftlichen u. kulturellen Krise

Was bringen wir: 4 Bücher im Jahre bekannter Mitarbeiter zu aktuellsten Fragen für monatlich 1M. Mitgliedsbeitrag

Breslau

PROLETON GABITZSTR. 20–22 HÖFCHENSTR. 49 Anfang 430, 640, 850 Uhr

Am Freitag, den 8. bis Donnerstag, den 14. Januar 1932

Nach Sibirien

Ein Tonfilm aus Warschau. — Ein Film für geistige Befreiung und gegen militärische Unterdrückung, Spannung, Sensation

Pamir

überragt alle Kulturfilme der letzten Monate und vermittelt Eindrücke von nie dagewesener Großartigkeit. — Aufnahmen aus Höhen von über 7000 Metern

Neueste tönende Wochenschau

Auf der Bühne:

2 Manettis, humoristischer Dressurakt mit Hunden und Tauben

Eintrittspreise ab 60 Pfg.
Erwerbslose a. d. Wochentagen 50% Ermäßigung

Sonntag, ½3 Uhr große **Kindervorstellung mit Pamir — Charlie Chaplin in Karriere**

Kinder 20 und 30 Pfg.

Arbeiter-Sport-Kartell Breslau

Stärkt den Presse Fonds

Das Kampfsignal heute neu!

Sachsen

Turnverein Vorwärts E. V. Netzschkau

Am Sonntag, dem 10. Januar 1932 findet von nachmittags 3½ Uhr an unsere **Jahreshaupt-Versammlung** statt.

Anträge sind bis spätestens vor Beginn der Versammlung beim Vorsitzenden abzugeben. Kein Mitglied darf fehlen oder zu spät kommen.

Der Vorsitzende: Paul Sonntag

Die allerfeinste Butter, den besten Käse u. Speisequark kauft man direkt oder in den **Verkaufsstellen der Molkerei Herrnhut i. Sa.**

Lest den „Klassenkampf"

Turnverein Freie Turnerschaft Mylau

Wir laden unsere gesamte Mitgliedschaft zu restlosem Erscheinen für die am **Sonntag,** dem 17. Januar 1932, 16 Uhr, in der Halle stattfindende diesjährige **Hauptversammlung** hierdurch freundlichst ein. Tagesordnung äußerst wichtig. Frei Heil!

Der Turnrat

Anträge müssen schriftlich bis zum 16. Januar 1932 beim 1. Vorsitzend. (Turnhalle) eingereicht sein.

Er ist für Ruhe und Ordnung

Das ist ein indischer Potentat, der Maharadscha von Patiala. Er „gebietet" über einen Vasallenstaat in der britisch-indischen Provinz Pandschag, und hat sich scharf gegen den von Gandhi und seinen Anhängern proklamierten passiven Widerstand ausgesprochen und seine Untertanen aufgefordert, die Maßnahmen der englischen Regierung zu unterstützen. Hand in Hand mit diesem indischen Feudalismus also arbeitet MacDonald an der Unterdrückung der bürgerlichen Revolution in Indien!

★

500 indische Organisationen verboten

Bombay, 6. Januar.

Alle Kongreß- und dem Kongreß angegliederten Organisationen der Präsidentschaft Bombay sind als gesetzeswidrig verboten worden. Von dieser Maßnahme werden 500 Organisationen betroffen.

★

Späte Einsicht

In einer Rede in Hackney erklärte der Führer der englischen Arbeiterpartei, Lansbury, es sei eine

Katastrophe ersten Ranges, daß Gandhi gefangen gesetzt und der indische Kongreß für ungesetzlich erklärt

worden sei. Die Zwangsmaßnahmen würden sich einige Zeit lang als erforderlich erweisen; aber auf die Dauer würden sie, wie es das Beispiel von Irland zeige, fehlschlagen.

Wenn England Indien nur durch das Schwert beherrschen könne, dann wäre es besser, es gehe aus Indien heraus; denn todsicher werde das Schwert, das Indien zu erobern versuche, in seiner Hand zusammenbrechen und seinen Untergang herbeiführen.

Es sei eine unmögliche Aufgabe, die Bestrebungen einer Nation von 300 Millionen Menschen unterdrücken zu wollen.

Leider kommt diese Einsicht des Führers der englischen Arbeiterpartei reichlich spät. Solange die Arbeiterpartei unter Führung Mac Donalds die Regierungsgewalt in England innehatte, hat die Arbeiterregierung genau wie ihre konservative Amtsvorgängerin den imperialistischen Machtstandpunkt vertreten und ist niemals gegen die massenhaften Verhaftungen und Polizeigreuel eingeschritten. Wenn der Arbeiterpartei ihre Oppositionsstellung gut bekommt, so ist das erfreulich. Fragt sich nur, ob diese Einsicht bis zur nächsten Regierungsperiode vorhält.

Ein Börsenmanöver mit der „Stillhaltung"?

Die Pariser Börse hat am Montag eine Hausse erlebt, wie sie seit langer Zeit nicht mehr vorgekommen ist. Der Grund hierfür lag in einer Nachricht, die der Berliner Vertreter der Agentur Havas am Sonntag abend nach Paris gegeben hatte. Nach dieser Meldung sollte ein Arrangement bei den gegenwärtig in Berlin stattfindenden Stillhalteverhandlungen perfekt geworden sein.

Die Nachricht stellte sich sehr bald als vollkommen irrig heraus. Immerhin sind wohl einige Millionen an der falschen Nachricht verdient worden.

Herr Lemercier, der Korrespondent von Havas in Berlin, wird jedenfalls gewußt haben, warum er die Nachricht lancierte.

Oder sollte er auch mystifiziert worden sein?

Neue italienische Einfuhrsonderzölle

TU. Rom, 6. Januar.

Im Gesetzblatt wird eine Verfügung veröffentlicht, der zufolge ab 1. Januar 1932 alle in italienischen Häfen oder an italienischen Küsten ausgeladenen Waren, die aus dem Ausland stammen, mit einem Sonderzoll belegt werden. Dieser Zoll beträgt eine Lira je Tonne für Phosphate, Nitrate (ausgenommen Soda-Nitrate) und Maurermaterial; für alle anderen Waren beträgt der Zoll zwei Lire. Ausgenommen ist Durchfuhrgut. Da die deutsche Phosphatausfuhr vielfach auf dem Wasserwege geschieht, ebenso wie die Ausfuhr deutscher Maschinen nach Sizilien, wird auch Deutschland erheblich von diesen Sonderzöllen betroffen.

Niedergang einer Partei

„Leipziger Volkszeitung" spaltet Zwiebeln

Die Tragödie des deutschen Reformismus hat ihre tragikomische Nachspiel-Posse in der Entwicklung der SPD in Sachsen, und besonders in Leipzig. Die Sozialdemokratische Partei dieses Vororts der USP, der Freidenkerbewegung, des Arbeiter Turn- und Sport-Bundes, der in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eine so bedeutsame Rolle spielte (Lassalle, Bebel, Liebknecht), ist seit einigen Jahren immer schneller und bewußter zum rechten Flügel der Partei übergegangen, und zwar mit solchem Schwung, daß die „Leipziger Volkszeitung" heute rechts vom Vorwärts steht (sofern sie überhaupt steht, d. h. einen eigenen Standpunkt entwickelt).

Insoweit die Höhe der Arbeiterbewegung gemessen werden kann an ihrer Fähigkeit, das gesellschaftliche Sein theoretisch zu erfassen und zur Richtschnur des Handelns zu machen, haben wir die Tatsache zu konstatieren, daß

parallel mit dem Niedergang des Kapitalismus der Niedergang der SPD fortschreitet.

Je kritischer die Situation für den Kapitalismus, um so weniger ist die herrschende Klasse in der Lage, den Gang der Ereignisse zu überschauen. Um so klarer und bewußter muß das Proletariat auf den Plan treten und mit Hilfe des Marxismus Leitlinien zur Aktion herausarbeiten. Es ist ein Zeichen der tiefen Verbundenheit mit dem Kapitalismus, daß die bedeutendsten Voraussagen der SPD in den letzten Jahren sich restlos als falsch erwiesen haben: Wirtschaftsdemokratie, Lohntheorie, nurparlamentarischer Kampf, Ueberwindung des Faschismus durch Tolerierung, Weltwirtschaftskrise, normale Krise. Die SPD ist zur Krankenschwester des Kapitalismus geworden, verschossen in ihn, angesteckt von seiner tödlichen Krankheit, verurteilt, mit ihm zu sterben.

Und was ist aus der „Leipziger Volkszeitung" geworden? — Rosa Luxemburg, Franz Mehring arbeiteten an ihr. Sie war das Organ von europäischer Bedeutung. Ihre freie, selbständige Stellungnahme, ihre leuchtende, schöpferische Kraft, ihre theoretische und praktische Lebendigkeit erhoben sie weit über das Niveau einer gewöhnlichen Tageszeitung. Sie war

ein eigentümliches Zentrum proletarischer Willensbildung

und versuchte das Ideal eines marxistischen Organs zu verwirklichen: Künder des Ziels, Weiser des Wegs, Rufer zur Tat zu sein.

Mit Riesenschritten ging ihr Weg in den letzten Jahren bergab. Die freie, selbständige Stellungnahme wandelte sich in die Wiedergabe der Halb- und Ganz-Regierungs-Gemeinplätze des sozialdemokratischen Pressedienstes, der kraftsichere revolutionäre Ruf wurde zum künstlichen Wauwau eines braven Schoßhündchens des Parteivorstandes. Kommentarlos und unanschaulich schwankt ihre saftlose Redetümelei durch Wüsten von Geistlosigkeit. Unfähigkeit in der Aufmachung, plumpes, altfränkisches Aneinanderreihen von Nachrichten schaffen breite proletarische Bettelsuppen. **Kein Beitrag zur Weiterbildung der proletarischen Ideologie** hemmt die Schwindsucht auf der ganzen Linie. Routine soll das Talent ersetzen. Der Geist hat sich in die Musik geflüchtet: Heinrich Wiegand ist der einzige ursprüngliche Gestalter.

Die Leitartikel werden zu Leidartikeln, in keuscher Bescheidenheit braut der Chefredakteur Ragout aus anderer Schmaus, die einem leid tun. Aus Mangel an Richtung gibt er Berichte, alles garantiert 3. und 4. Hand. Die Weltgeschichte wird hier geschrieben vom Standpunkte des Kammerdieners, des Parteivorstands-Lakeien, der die neuesten Phrasierungen aus Berlin nach Leipzig meldet, begleitet von Wandelangshörspielen aus dem Reichstag. Ist der Reichstag geschlossen, muß der „Vorwärts" herhalten. Der parlamentarische Kretinismus gedeiht in Hochkultur. Ohne Mark und ohne Marx verbringt man sicher seine guten Tage und unterbricht den Kriegspfad nach dem Silberstreifen des wirtschaftlichen Aufschwungs, die Flucht vor der eigenen Stellungnahme und die Angstpsychosen der Marter: „Wie sage ich's meinen Proleten —" gern durch Auftischen von Verleumdungsschnitzeln. Man bäckt politische Persönlichkeiten im Fette der Verleumdung, umgibt sie mit sensationeller Kruste, träufelt darauf die Sauce des Neides und reicht sie mit politischem Salat. Das Ganze ergibt die Volkskost der Volkszeitung für den kleinen Mann.

*

Am 2. Januar erschien in der „Leipziger Volkszeitung" ein Leitartikel, „Die Zwiebelspalter", der Heinrich Ströbels Abschied von der SAP behandelt. „Franz Mehring sprach einmal vom Zwiebelspalten." Der Aufsatz ist ein Musterbeispiel des Aufbaus von Spielzeugkulissen zur Irreführung der Arbeiter.

Kein Wort einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit der SAP

nicht der Schimmer eines Versuchs zur soziologisch-politischen Analyse ihrer Entwicklung und des Abgangs von Heinr. Ströbel, nicht einmal der Ansatz einer Untersuchung des Verhältnisses von Parteiorganisation und proletarischer Aktion, sondern Zitate von Ströbel und Seydewitz, ein uraltes Bild, das auch Mehring gebraucht, schlecht angewandt, Geifer gegen Seydewitz und Zweiling und zum Schluß unter dem Druck des Verlangens immer breiterer Arbeiterschichten Gestammel von Einheitsfront.

Denn die Arbeiter werden hellhöriger. Die „eisernen Fronten" ziehen nicht mehr. Die Neujahrs-Deklamationen von den Entscheidungen im Jahre 1932 treffen ein Proletariat, das durch Hungerjahre niedergedrückt, durch Notverordnungen entrechtet einem illusionslosen Elend preisgegeben ist. Bald werden die Vertröstungen nicht mehr genügen, bald wird man nicht nur rote Artikel von G. A. Müller fordern mit der Feststellung, daß der § 4 der letzten Notverordnung alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt und mit der fetten Ueberschrift „Diktatoren — keine Schlichter" — sondern die Arbeiter werden Konsequenzen verlangen.

Noch dröhnt der Schritt der 150 000 Mann vom Leipziger Parteitag, noch wirkt das moralische Gewicht der Bebel, der USP, der linken Tradition. Aber die Fragen der Proleten werden deutlicher, die Gärung wächst. Die Arbeiter müssen erkennen, daß die Zuspitzung der Situation keinen Phrasenkampf mit praktischer Tolerierung des Kapitalismus erlaubt, die Kraft des schlafenden Riesen Proletariat muß geweckt werden zu revolutionärer Tat.

Im Feuer der Not, aus dem Schrei der Verzweiflung, im Winter des Elends muß bewußt und elementar die revolutionäre Einheitsfront des Proletariats geschmiedet werden.

Aus Betrieben und Stempelstellen, aus Mietskasernen, Hinterhöfen und Straßenzügen formieren sich die geschlossenen Formationen der Arbeiter zum Widerstand, zum Angriff gegen das Monopolkapital, gegen den Faschismus. Die satte Ruhe der tönernen Kolosse großer Parteikomplexe mit den scheinsicheren Parolen vom zweiten Mann und „gebt uns die Macht" erzeugt Indifferentismus, weil das Erstgeburtsrecht des Proletariats für ein Linsengericht verkauft wurde.

Wir aber wollen kämpfen, weil wir siegen werden.

Dietrich rechtfertigt die Regierung

Der Reichsfinanzminister Dietrich hat in Stuttgart auf der Landesversammlung der Demokratischen Partei eine Rede gehalten, die von der republikanischen Presse, voran vom „Vorwärt", mit großer Befriedigung aufgenommen wird. Neben den üblichen Allgemeinplätzen äußerte sich der Minister über die Reparationsfragen in folgendem bemerkenswertem Satz:

Es steht heute nach Meinung aller Sachverständigen fest, daß die heutige Krise mit in erster Linie auf die Zahlungen Deutschlands aus dem verlorenen Krieg und die Verrechnung der Kriegsschulden unter den Alliierten zurückzuführen ist.

Mit diesem Satz, den der „Vorwärts" in republikanischer Langmut seinen Lesern unterschlägt, hat Dietrich die halbe Wendung zur nationalsozialistischen Ideologie vollzogen. Aber auch die großkapitalistischen Schieber gehen beim Reichsfinanzminister nicht leer aus. Er stellt großsprecherisch fest, daß verhaftet und eingesperrt würde, wer in unverantwortlicher Weise auf dem Rücken anderer gewirtschaftet habe.

Was die Reichsregierung aber nicht kann, das ist, in die Justiz einzugreifen und gegen Personen vorzugehen, die sich nichts haben zuschulden kommen lassen, was gegen die Gesetze verstößt, wenn sie vielleicht auch wirtschaftliche Fehlgriffe gemacht haben.

Damit sind Borsig und Konsorten gemeint, die sich in der Hut dieses Finanzministers wohl geborgen fühlen können. Sie können beruhigt sein: Es wird ihnen nichts geschehen.

Neuer Schacht in Betrieb genommen

Essen, 7. Januar.

Auf den Zollvereins-Schächten der Vereinigten Stahlwerke in Essen-Katernberg sind die seit zwei Jahren im Gange befindlichen Rationalisierungsarbeiten jetzt soweit fortgeschritten, daß voraussichtlich am 1. Februar die Förderung auf der neu errichteten Schachtanlage zentralisiert wird. Die bisher auf drei Schachtanlagen verteilte Förderung soll von diesem Zeitpunkt ab lediglich durch den neuen Schacht erfolgen. Es wird mit einer täglichen Arbeitsleistung von rund 9000 Tonnen gerechnet.

Ueber die durch die Zentralisierung der Förderung frei werdenden Arbeitskräfte ist, wie weiter mitgeteilt wird, noch keine Entscheidung getroffen worden.

Alte Schächte werden stillgelegt

TU. Dortmund, 6. Januar.

Die Vereinigten Stahlwerke A.-G., Düsseldorf, Abteilung Bergbau, Gruppe Hamborn, zeigen die Stillegung mehrerer Steigerreviere der Schachtanlagen Westend, Beeckerwerth und Friedrich Thyssen II/IV an. Zur Entlassung kommen 1200 Arbeiter und 75 Angestellte. Die Kündigungen erfolgten zum 31. 1. 1932. Als Grund der Entlassungen wird Absatzmangel angegeben.

KPD in Wutkrämpfen

Die Nervosität der Kommunisten über die Entwicklung der SAP nimmt von Tag zu Tag zu. Die Ankündigung einer gemeinsamen öffentlichen Versammlung von SAP, KPO und Leninbund in Berlin wird von der „Roten Fahne" zum Anlaß genommen, um die kommunistischen Parteimitglieder zur Erteilung der „entsprechenden Antwort" aufzufordern. Um von vornherein die hierzu notwendige Stimmung zu erzeugen, versteigt sich das Blatt zu der handgreiflich verlegenen Behauptung, es handle sich um eine antikommunistische Versammlung und um die Veranstaltung einer „Bande von konterrevolutionären Führern, die täglich den Kommunismus besudeln". Wenn „die entsprechende Antwort" mehr sein soll als nur ein Radau, wird sie niemand von den Veranstaltern fürchten. Die Inszenierung eines Radaus aber könnte keinen anderen Sinn haben, als das Eingeständnis, daß die KPD eine wirkliche Auseinandersetzung und damit eine Förderung des Klärungsprozesses im deutschen Proletariat fürchtet.

Die Nervosität der KPD spricht übrigens auch aus einem Bericht, den die KPD sich durch ihr bekanntes Spitzelsystem von der Berliner Bezirkskonferenz der SAP besorgt hat. Insoweit dieser Bericht überhaupt einen Wert für sich in Anspruch nehmen darf, so nur den, als er die Wünsche erkennen läßt, mit denen die KPD die SAP begleitet, und wo diese zu suchen sind, ist wohl unschwer zu erraten.

Inlandsmoratorium für Dänemark?

Wie aus dänischen Regierungskreisen verlautet, wird ein Regierungsvorschlag über ein Moratorium für die notleidende dänische Landwirtschaft alsbald dem Reichstag vorgelegt werden. Das Kabinett hat sich in den letzten Tagen auch mit dem Gedanken beschäftigt, anderen Erwerbszweigen, die sich in kritischer Lage befinden, auf ähnliche Weise zu Hilfe zu kommen. Daher wird der Gesetzvorschlag voraussichtlich eine Erweiterung in diesem Sinne erfahren. Es soll sich vor allen Dingen um eine weitgehende Stillhalteaktion handeln, indem Hypotheken- und Darlehensschulden von Fall zu Fall gestundet werden können.

Ministerpräsident Stauning erklärte, daß die Frage eines Moratoriums bereits im Herbst von der Regierung ins Auge gefaßt worden sei, und daß die Entscheidung darüber jetzt getroffen wird.

Auflösung des Obersten Volkswirtschaftsrats

Neue Kommissariate in Rußland

TU. Moskau (über Kowno), 6. Januar.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei hat beschlossen, den Obersten Volkswirtschaftsrat aufzulösen und seine Arbeiten auf drei neue Kommissariate zu verteilen. Diese neuen Kommissariate sind:

1. ein Kommissariat für die Leichtindustrie,
2. ein Kommissariat für die Schwerindustrie,
3. ein Kommissariat für die Holzindustrie.

Die Neubildung soll sofort erfolgen.

*

Zum Leiter des neugeschaffenen Volkskommissariats der Sowjetunion für die Leichtindustrie wurde Ljubimow, zum Leiter des Volkskommissariats für die Holzindustrie Lobow ernannt.

Ljubimow wurde seiner Amtspflichten als stellvertretender Außenhandelskommissar und Sowjethandelsvertreter in Deutschland entbunden.

Blutige politische Kämpfe in Mexiko

TU. Mexiko-Stadt, 6. Januar.

In verschiedenen Landesteilen kam es zwischen politischen Gegnern zu schweren Zusammenstößen. In Guadelupe (Zacatecas) wurden dabei vier Personen getötet und zehn verwundet; in Atatonilco (Jalisco) gab es drei Tote und sechs Verwundete.

SAP Der tägliche Vormarsch

In Klein-Gera ist durch weitere Neuaufnahmen in den letzten Tagen der Mitgliederbestand der ehemaligen SPD-Ortsgruppe überholt worden.

In Liegnitz ist eine Schutzbundgruppe gegründet worden, der sich sofort eine große Zahl von Genossen anschloß.

In Elbau bei Wolmirstedt ist eine Ortsgruppe der SAP gegründet worden, der sich sofort eine größere Zahl von Genossen anschloß.

In Ebersbrunn (Sachsen) ist die Zahl der Mitglieder in wenigen Tagen von 18 auf 33 gestiegen. 22 Genossen gehören dem Schutzbund an.

Hochverrat nur von links

Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte gestern den Schriftleiter Walter Häbich aus München wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit einem Vergehen gegen § 4 Ziff. 1 Rep.-Schutz-G (Unterstützung einer staatsfeindlichen Verbindung) zu einem Jahr sechs Monaten Festungshaft. In den von ihm verantwortlich gezeichneten Zeitungen waren sechs Artikel erschienen, in denen die Leserschaft und die Arbeiter insbesondere aufgefordert wurden, den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg zum Zwecke der Errichtung eines neuen Deutschlands nach Sowjetmuster umzuwandeln. Diese Artikel waren nach Auffassung des 4. Strafsenats sowohl bestimmt wie geeignet, die Massen ideologisch auf den gewaltsamen Umsturz im Sinne der parteipolitischen Ziele der KPD vorzubereiten. Mildernde Umstände wurden H. mit Rücksicht auf mehrere einschlägige Vorstrafen versagt. Er ist im Jahre 1925 bereits einmal wegen Vorbereitung zum Hochverrat vom damaligen Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik verurteilt worden.

Kommunistische Redakteure werden auf Festung geschickt, aber gegen Herrn Best wird nicht einmal Anklage erhoben. Wann erscheint die neue Notverordnung mit § 1: ~~Hochverrat gibt's nur auf der Linken?~~

Klassenkampf verboten

Das Mecklenburg-Schwerinsche Ministerium des Innern hat auf Grund der Zweiten Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen die kommunistische Tageszeitung „Volkswacht" in Rostock für die Dauer von sechs Wochen, und zwar ab Mittwoch, den 6. Januar, bis Dienstag, den 16. Februar, einschließlich, verboten. Die Regierung sah sich zu diesem Schritt veranlaßt durch einen Artikel des genannten Blattes, in welchem der Klassenkampf verherrlicht wurde. In der betreffenden Ausgabe wird u. a. behauptet, daß im Jahre 1931 von der Polizei 53 Arbeiter getötet worden seien. Der Verlag hat gegen das Verbot Beschwerde eingelegt.

*

Der Wortlaut der Notverordnung ist gewiß kautschukartig dehnbar. Aber daß es verboten ist, den „Klassenkampf zu verherrlichen", ist schon eine märchenhafte Auslegung. Der Klassenkampf ist eine feststehende soziale Erscheinung, zu der man allerdings von verschiedenen Seiter her Stellung nehmen kann. Bisher rühmte sich nur Mussolini, daß es bei ihm Klassenkampf nicht gibt. Wir haben's also herrlich weit gebracht!

Protest gegen das Bremer Schandurteil

Die Berliner Parteigenossenschaft hat mit großer Anteilnahme die Verhandlungen gegen unsere Schutzbundgenossen in Bremen und das Tendenzurteil, das in einseitiger Weise die Nazis schützt, verfolgt. In einer Delegiertenversammlung des Bezirks Berlin der SAP wird energisch gegen diesen neuen Beweis deutscher Klassen- und Parteijustiz protestiert. Die Berliner Genossen beglückwünschen die Bremer Schutzbündler zu der bestandenen Feuerprobe und versichern sie ihrer vollsten Solidarität.

Der neueste „Tribut"-Kämpe

Der Herr Preiskommissar hat noch gefehlt

TU. Leipzig, 6. Januar.

In der Sitzung der Leipziger Stadtverordneten am Mittwoch ergriff Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, der Reichskommissar für Preisüberwachung, das Wort. Nach den Erfahrungen, die er als Preiskommissar in Berlin gemacht habe, sei das erste Erfordernis für die wirtschaftliche Gesundung in Deutschland

die völlige Beseitigung der Reparationen.

Wenn die Reparationen im Jahre 1932 nicht endgültig aus der Wirtschafts- und Zahlungsbilanz des deutschen Volkes verschwänden, dann könne weder bei den Arbeitnehmern noch bei den Arbeitgebern wirtschaftlicher Mut (!) wiederkehren.

Angestellte, wehrt euch!

Neuer Anschlag auf die Rechte des Verkaufspersonals

Löhne und Gehälter werden immer mehr abgebaut, Arbeiter und Angestellte wissen immer weniger, wofür sie eigentlich schuften — und gleichzeitig werden die Anforderungen, die an sie gstellt werden, immer größer. Das gilt besonders auch von einer Gruppe, die schon stets unter sehr ungünstigen Arbeitsbedingungen stand, von den Verkäufern und Verkäuferinnen. Weil die Geschäfte schlecht gehen, müssen die Angestellten noch schärfer herangeholt werden — das ist die tiefsinnige Logik des Unternehmertums.

So waren 1931 in vielen Teilen Deutschlands vor Weihnachten drei verkaufsfreie Sonntage bewilligt: ohne Erfolg für den Umsatz, denn der war dafür an den Wochentagen entsprechend geringer — aber mit dem Ergebnis, daß das Verkaufspersonal 25 Tage hintereinander ohne einen einzigen Ruhetag arbeiten mußte und dann an den „Feiertagen" viel zu erschöpft war, um zu einem wirklichen Genuß der so lange ersehnten Atempause zu kommen. Außerdem wurde in vielen Städten für die letzten zwei Wochen vor dem „Fest" der 8-Uhr-Ladenschluß verfügt: unzählige Menschen sind durch diese Ueberanstrengung gesundheitlich geschädigt worden!

Dem Unternehmertum aber gefällt das alles so ausgezeichnet, daß man die Einrichtung der verkaufsfreien Sonntage auch auf die übrigen Teile des Jahres ausdehnen möchte. Von vielen Seiten her wird auf dieses Ziel hingearbeitet. Für heute wollen wir nur auf Sachsen verweisen, weil dort unter Führung des Wirtschaftsministeriums die Dinge bereits besonders weit gediehen sind. Auf Veranlassung dieses Ministeriums hat sich soeben die Industrie- und Handelskammer Dresden nachdrücklich dafür ausgesprochen, daß durch eine allgemeine Regelung neben den drei Sonntagen vor Weihnachten auch der Sonntag vor Ostern, der Sonntag vor Pfingsten und der erste Sonntag im Oktober verkaufsfrei werden sollen! 6 Sonntage von 52, also 12 Prozent der ohnehin so kümmerlichen Freizeit sollen dem Verkaufspersonal gestohlen werden. Dabei sei noch besonders erwähnt, daß die Bezahlung dieser über das Normalmaß hinausgehenden Arbeit geradezu empörend ist. So erhalten z. B. in großen Warenhäusern Lehrmädchen im dritten Jahr, die als vollwertige, selbständige Verkaufskräfte wirken, für drei Sonntage zusammen — fünf Mark! Das entspricht einem Stundenlohn von 30 Pfennigen!

Aber selbst, wenn die Bezahlung etwas besser wäre: das Verkaufspersonal braucht vor allem Freizeit! Menschen, die Tag für Tag ihre Arbeitsstätte erst nach Eintritt der Dunkelheit verlassen, die überhaupt nur an Sonntagen wissen, daß es auch Sonnenlicht gibt, dürfen nicht noch weiter in ihren Lebensmöglichkeiten beschränkt werden! Diesem neuen Anschlag, der natürlich nicht nur für Sachsen droht, muß die Angestelltenschaft mit Unterstützung der Arbeiterschaft den schärfsten Widerstand entgegensetzen. Die Presse muß die Oeffentlichkeit gegen diese Pläne mobil machen. Dabei sollen wir immer daran denken, daß ein gewisses Maß von Freizeit geradezu die Voraussetzung dafür ist, daß die Menschen überhaupt Interesse für allgemein wichtige Probleme aufzubringen, daß sie zu kämpfen vermögen. Wir führen diesen Kampf für ausreichende Freizeit nicht nur um des Einzelnen, sondern auch um der Bewegung, um des Sieges der Arbeiterklasse willen — so, wie es unser Genosse Weckerle in seinem Buche „Mensch und Maschine" zum Ausdruck gebracht hat: „Vermehrte Freizeit ist für den Arbeiter vermehrte Möglichkeit, zur Selbstbesinnung zu kommen, wieder als Mensch zu fühlen und zu empfinden. Vermehrte Freizeit bedeutet darum auch innere Ueberwindung der Knechtsgesinnung und Wiederaufleben jenes stolzen Rebellengeistes, dessen Verdrängung das Unternehmertum zu einem bewußten Ziel der Automatisierung und Atomisierung des Arbeitsprozesses erhoben hat. Wir wollen verhindern, daß die Menschen müde und bleich sind, wenn der Siegestag hervorstrahlt. Wir wollen, daß aus den Arbeitern Kämpfer werden, die noch Blut in den Adern und Sonne im Herzen haben."

Vom Preissenkungs- zum Preisstützungs-Kommissar

Berlin, 7. Januar.

Der Preiskommissar Dr. Gördeler hat sich, wohl als Allerwichtigstes, bereits ein recht umfangreiches Büro zugelegt. So verlautbart, daß er bereits eine eigene Pressestelle habe. Die Aufgabe, vom Steckenbleiben des Preisabbaus zu berichten, scheint dem Sozialdemokraten Zechlin etwas unangenehm geworden zu sein, sonst hätte er dieser Dezentralisierung wohl kaum zugestimmt.

Herr Gördeler kann die Arbeit nicht allein bewältigen, soweit man überhaupt von einer Bewältigung sprechen darf. Die Frage nach seinen Beratern, seinen Referenten scheint daher nicht ganz nebensächlich. Und die Antwort zeigt sofort, daß die Befürchtungen, die argwöhnischen Beobachtern gekommen waren, durchaus zu Recht bestanden. Drei Referenten sitzen nämlich jetzt in der Potsdamer Straße: Herr Dr. v. Ungern-Sternberg, Herr Dr. Wendelin Hecht und Herr Diplom-Kaufmann O. Bock. Die Namen kennen wir: es sind dieselben, die im Zusammenhang mit dem inzwischen selig entschlafenen Enquete-Ausschuß oft genug genannt wurden. Und über allen schwebt der Geist des Handelsweisen und „Erfinders des amerikanischen Wirtschaftswunders": Staatssekretär Prof. Dr. Julius Hirsch, der im Enquete-Ausschuß einer der wenigen war, die ernsthaft zu arbeiten versuchten. Ob allerdings dieser Geist, der die fixen Kosten im Handel stets als das Haupthemmnis von Preissenkungen kennzeichnete, sich auf seine Vertreter Hecht und Bock verlassen kann, steht noch dahin. Wir hegen die Befürchtung, daß es nicht der Fall ist: Hirsch liebäugelt wenigstens noch mit der Linken und den Konsumenten und kompromisselt daher gern. Aber die drei Referenten des deutschnationalen Herrn Gördeler haben diese Rücksichtnahme ja nicht nötig: Aus der Preissenkung wird die Preisstützung werden, aus der Kaufkraft-Erhaltung die Reallohn-Senkung.

Preisschilder-Verordnung in Kraft

Berlin, 7. Januar.

Die am 17. Dezember 1931 erlassene Preisschilder-Verordnung, die am 29. 12. 31 im Reichsgesetzblatt veröffentlicht wurde, ist nunmehr in Kraft getreten.

Wenn man sie aber näher ansieht, findet man, daß ihre Vorschriften berechtigten Wünschen keineswegs genügen: Preisverzeichnisse müssen nur dann ins Fenster gehängt werden — bei Bäckereien und Fleischereien —, wenn die Waren selbst nicht deutlich ausgezeichnet sind. Auf deutsch: man muß erst in den Laden gehen, um sich innen davon zu überzeugen, ob man in eine „Apotheke" geraten ist oder nicht. Denn wenn die Waren im Laden deutlich ausgezeichnet sind, braucht kein Verzeichnis ins Fenster. Nur dann wird es verlangt, wenn nicht alle zum Verkauf stehenden Waren sichtbar ausgestellt sind. Daraufhin werden die Schlächter einen mit allen Waren überladenen unübersichtlichen Ladentisch dem Preisverzeichnis im Schaufenster vorziehen. Nebenbei sei bemerkt, daß Wurst- und Rauchwaren dem Auszeichnungszwang nicht unterliegen, also auch nicht in die Preisverzeichnisse aufgenommen zu werden brauchen!

Als Groteske sei noch der § 7 der Verordnung angeführt. Dieser lautet: „In den Schaufenstern ausgestellte Fleischstücke, deren Preise höher sind als die im Preisverzeichnis angegebenen Preise für dieselbe Sorte oder die im Preisverzeichnis nicht enthalten sind, müssen unter genauer Angabe der Fleischsorte und des geforderten Preises mit einem Preisschild besonders gekennzeichnet werden." Man stelle sich den Fleischer vor, der seine teuerste Ware als Lockvögelchen ins Fenster legt!!! Gewöhnlich ist das Gegenteil der Fall: wenn man, angereizt durch einen billigen Fenster-Preis, in den Laden kommt, muß man weit mehr bezahlen, weil das Stück, das im Laden, nicht im Fenster, liegt, besser sei oder von einem schwereren Tier usw. Hiergegen enthält die Verordnung nichts.

Im übrigen werden außer den Bäckern und Fleischern nur noch die Friseure gezwungen, Preisverzeichnisse anzubringen. Nur bei diesen ist auch das Preisverzeichnis im Fenster oder Schaukasten, also außerhalb des Ladens, eindeutiger Zwang.

Gemeinden vor dem Zusammenbruch

Dortmund in Finanznöten

Die Stadt Dortmund befindet sich in guten Zahlungsschwierigkeiten und konnte am letzten Monatsende die fälligen Gehälter nur zu einem sechsten Teil auszahlen. Die Ursache dieser Schwierigkeiten ist vornehmlich in der hohen Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen zu suchen, für die die Stadt aufzukommen hat. Die Notlage der Stadt ergibt sich u. a. auch daraus, daß sie sich gezwungen gesehen hat, an die Hypothekengläubiger ein Stundungsgesuch zu richten und die Banken, von denen sie Darlehen aufgenommen hat, um einen Aufschub der am 1. Januar fälligen Zahlungen zu bitten.

Diese Meldung wirft ein Schlaglicht auf die ungeheure Bedrängnis, in der sich mehr oder weniger alle Gemeinden in Deutschland heute befinden. Wenn bisher von ihnen auch noch keine das Schicksal der oberösterreichischen Stadt Steyr über sich hat ergehen lassen, so vor allem durch gewisser Manipulationen, zu denen in nur allzu vielen Fällen Zuflucht genommen wurde. Es ist aber klar, daß die Schwierigkeiten hierdurch günstigstenfalls nur vertagt worden sind, so daß zu befürchten steht, daß der Fall Dortmund in Deutschland nicht auf sich allein stehen bleiben wird.

Barrikaden

Mörs, 6. Januar.

In Homburg kam es heute nachmittag wieder zu Ansammlungen. Mit Einbruch der Dunkelheit waren die üblichen Hungerrufe zu hören. Die Polizei konnte die Ruhe wieder herstellen. **Auf der Rheinpreußen-Straße wurden aus gefällten Kastanienbäumen Barrikaden errichtet, von denen aus die Polizei beschossen wurde.** In der Mörser Straße wurde durch eine Flaschenbombe ein Schaufenster zertrümmert. Anscheinend galt der Wurf der Flaschenbombe dem die Straße passierenden Ueberfallkommando. Personen wurden nicht verletzt.

Auch in Rheinhausen fanden größere Ansammlungen statt. Die Polizei wurde in der Friedrich-Alfred-Straße mit Steinen beworfen. Die Straße konnte aber restlos geräumt werden. Drei Personen wurden wegen Belästigung von Arbeitswilligen verhaftet.

Und sie greifen immer daneben . . .

Von der Berliner Politischen Polizei sind am Donnerstag die beiden Telegraphenarbeiter, die unter dem Verdacht der Beteiligung an der Störung der Rundfunkrede des Reichspräsidenten festgenommen worden waren, wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Der Verdacht der Polizei hat sich nicht nachweisen lassen, die Ermittlungen der Politischen Polizei ergaben vielmehr, daß die von den beiden Festgenommenen angebotenen Alibis den Tatsachen entsprachen. Gegenwärtig befindet sich in der Angelegenheit niemand mehr in Polizeihaft.

Der rumänische Justizminister gestorben

Bukarest, 7. Januar.

Justizminister Hamangiu ist heute vormittag infolge einer Herzlähmung plötzlich gestorben.

Wachsen der Trotzki-Opposition?

Moskau (über Kowno), 6. Januar.

Wie aus Kaluga gemeldet wird, ist die kommunistische Parteiorganisation in Kaluga aufgelöst worden. Den Parteifunktionären wird vorgeworfen, in der Stadt und in den Betrieben trotzkistisch verseuchte Elemente geduldet zu haben. Der Sekretär der Parteiorganisation wird vor das Parteigericht gestellt. Sämtliche Mitglieder der Kaluga-Parteiorganisation werden aus der Partei ausgeschlossen.

(Bekanntlich sind in letzter Zeit verschiedene führende Personen aus dem gleichen Grunde gemaßregelt worden. Die Red.)

Vermögenskonfiskation vorbereitet

Bombay, 6. Januar.

Die Polizei nahm eine Durchsuchung der Banken vor, in denen vom Kongreß Beträge deponiert worden sind. Sie belaufen sich auf ungefähr 4000 Pfund Sterling. Es stellte sich heraus, daß sie auf Rechnung überwiesen worden sind. Nach Prüfung der Bücher ordnete die Polizei an, daß die Banken diese Beträge unberührt lassen sollen.

Völkerbundausschuß reist nach der Mandschurei

Der vom Völkerbundsrat zur Untersuchung der Lage in der Mandschurei vorgesehene Ausschuß ist jetzt endgültig gebildet worden und soll seine Reise nach dem Fernen Osten Ende Januar antreten. Dem Ausschuß gehören an: Lord Lytton-England, der frühere Gouverneur für Ostafrika Schnee-Deutschland, General Claudel-Frankreich, General Maccoy-Amerika und Botschafter a. D. Aldobrandi-Italien.

Die Zusammensetzung des Ausschusses überwiegend aus Militärs unter ihnen der bekannte Kolonialimperialist Schnee, bietet die Gewähr dafür, daß rein imperialistische Gesichtspunkte für die Untersuchung maßgebend sein werden. Das heißt: den Bock zum Gärtner machen.

Ein „Wohltäter" gestorben

New York, 6. Januar.

Der bekannte Multimillionär Julius Rosenwald ist im Alter von 69 Jahren in Chikago gestorben. Rosenwald hat während seiner Lebzeiten 25 Millionen Dollar für Wohltätigkeit gegeben. (Und wieviel Millionen hat er aus den Proletariern herausgepreßt? D. Red.)